

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 129.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 6. November 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Zur Situation.

Leider haben die gegen das Ganze gerichteten Angriffe der in Frage kommenden Parteiblätter uns wiederholt gezwungen, auf diese Angriffe einzugehen, wodurch wir verhindert worden sind, den einzelnen Bestimmungen des Tarifs- und des Organisationsvertrags uns zu nähern. Bei der Tatsache, daß in Mitgliederkreisen die sinnlosen, von keiner Sachkenntnis getriebenen Behauptungen verschiedener Parteiblätter stets ein willkommenes Ohr finden, war es notwendig, die aus einem Prinzip heraus geborenen Angriffe in erster Linie zurückzuweisen. Soweit dieselben Sand in die Augen der Leser bedeuten sollten, d. h. soweit diese Angriffe sich gegen einzelne Personen der Verbandsleitung resp. die Gehilfenvertreter richteten, dürfen sich unsere Leser dadurch nicht täuschen lassen, denn auf den Saß schlägt man, und den Esel meint man. Also, wie gesagt, wir bedauern es selbst, zu dieser Arbeit verdammt gewesen zu sein; hoffen aber, daß in der nächsten Zukunft uns keine Veranlassung gegeben wird, die bisher geübte Abwehr fortsetzen zu müssen. Wir rechnen bei dieser Voraussetzung auch mit jenem anständigen Kelle der Parteipresse, der sich sicherlich der Folgeri bedirbt sein wird, welche diese unerhörten Angriffe der führenden Parteiorgeane für die Partei haben müssen. Schweigt man zu alledem, macht man sich mitschuldig, und übervorsichtige Driidebergerei kann von dieser Mitschuld nicht entbinden. Darüber möge man sich auch in der Partei klar sein, wenn wir nicht gezwungen sein sollen, festzustellen, daß man diesen Angriffen nicht widerspricht.

Inzwischen wollen wir den verschiedentlichen Anschauungen aus Mitgliederkreisen weiter Raum im „Korr.“ geben; nur wünschen wir, daß man seine Kritik auf konkrete Dinge beschränken möge. Wir sind doch unter uns keine Feinde, sondern sollen Kollegen und Kameraden sein, und wer von diesem Gefühl beherrscht ist, wird auch den entsprechenden Ausdruck in seiner Kritik finden. Der Welt das Schauspiel der Selbstzerfleischung zu bieten, ist der Organisation und unsrer selbst unwürdig, und nur dazu angetan, uns nicht wieder gut zu machenden Schaden zuzufügen.

Nicht um der Position der Verbandsleitung oder der Gehilfenvertreter willen begrüßen wir es, daß fortgesetzt in Gehilfenkreisen das Verständnis dafür größeren Umfang gewinnt, wie sehr mit dem neuen Tarife den Interessen der Gehilfen gebient ist. Seit unsrer Zusammenstellung in Nr. 127 haben dem Tarife ihre Zustimmung gegeben: Flensburg, Hagen i. W., Herlöh, Gera, Hanau, Koblenz, Obernhau, Radolfzell, Grotzsch-Pegau, Detmold, Beer (einstimmig), Eichstätt (einstimmig), Rheyt (einstimmig), Worms (einstimmig), Tshoe (einstimmig), Meitingen (einstimmig), Weßlar, Neumünster, Grötk, Bad Clee, Memmingen, Münster i. W., Kößlin, Plauen i. W., Bezirk Zeit, Gisleben. Zu den ablehnenden Orten ist noch Solingen und Oberfeld gekommen. Den Beschluß haben noch ausgesetzt: Stuttgart und Heilbronn. Demnach haben den Tarife angenommen: 187 Orte und die, abgelehnt haben ihn 28 Orte und den Beschluß haben ausgesetzt: 2 Orte.

Partei und Tarif.

Es ist dies kein angenehmes, aber auch kein zu umgehendes Kapitel in den jetzigen Stürmen, die nicht darum toben, ob Tarif oder nicht — darüber sind wir hinaus —, sondern darum, ob für einen Tarif, wie wir ihn jetzt abgeschlossen haben. Die Tarifgemeinschaft ist durch diesen in eine ganz neue Phase eingetreten, die von sehr großer Wichtigkeit insbesondere für die Arbeitnehmer werden wird. Wir sind zu einer anerkannten Macht innerhalb unsers Gewerbes geworden. Wenden wir unsern Blick einer andern Arbeitergruppe und deren Arbeitgeber zu, da sehen wir erst, welch gewaltiger Unterschied auf beiden Seiten vorhanden ist. Wer hier davon reden will, daß unsere Unternehmer ein sozialpolitisches Verständnis nicht besitzen im Gegensatz zu denen im Bergbauergewerbe, dem ist einfach nicht zu helfen, und man muß ihn als das bezeichnen, mit dem man im gewöhnlichem Leben denjenigen bezeichnet, der sich absichtlich einer bessern Einsicht verschließt — als Dickkopf. Auf der einen Seite eine den gewerb- und wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragende Unternehmenskraft, die ihre Ohren den berechtigten Forderungen der Gehilfen nicht verschließen will und kann. Auf der andern eine sich ihrer Ueberlegenheit vollständig bewußte, mit geradezu prophanem Eigendünkel und unbeschränkter Machtvollkommenheit über „ihre“ Arbeiter ausgefattet sich fühlende Arbeitgeberkraft, die die gewiß nicht weniger berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter nicht nur nicht erfüllt, sondern sie sogar verschlechtert und das in geradezu propagatorischer Weise. Sollte dieses nicht begründeten Anlaß allen Arbeiterblättern geben, um ihre Leser über das Wesen der Tarifgemeinschaft aufzuklären, um an der Hand dieser Gegenüberstellung ohne Vorurteilgenommenheit die Ergründung derselben darzulegen, um die Gleichberechtigung, die die Arbeiterschaft — in diesem Falle die Buchdrucker — sich erlärmt hat, ihrem Werte nach hervorzuheben? Man sollte meinen: ohne weiteres. Statt dessen sehen wir, daß führende Parteiblätter wie „Vorwärts“ und „Leipz. Volksztg.“ über diese herfallen und kein gutes Haar an ihr lassen, trotzdem die realen Verhältnisse eine sehr deutliche Sprache reden. Wird denn diese Sag, die gegen die Buchdrucker bei jeder Gelegenheit inszeniert wird, niemals aus der Welt geschafft werden? Soll dies eine ständige Einrichtung in der deutschen Arbeiterbewegung und speziell der Leipziger bleiben? Es wäre wohl endlich an der Zeit, daß eine vernünftige Einsicht und ein objektives Beurteilen Platz griffe; zum Schaden beider Richtungen der Arbeiterbewegung dürfte es gewiß nicht sein. Es ist doch an hervorragender Stelle so schön gesagt worden: „Partei und Gewerkschaft ist eins“, und die es hörten, stimmten dem zu. Warum handelt man nun nicht nach diesem Ausspruche, dem jeder es mit der Arbeiterbewegung ernst nehmende ohne weiteres beipflichten muß? Ich weiß es nicht und viele andere auch nicht; es scheint eine alte Erbfeindschaft zu sein, die sich bei jeder Gelegenheit Luft macht. Dieser Zustand muß aber endlich einmal aus der Welt geschafft werden. Wozu denn immer die trennenden Momente suchen und die einigenden vernachlässigen, wo es doch umgekehrt so viel segensreicher wäre? Kann man denn nicht Ergründungen, die die eine oder andre Arbeitergruppe macht, den übrigen als erfrebens- und nachahmenswert vorführen — auch wenn es von den Buchdruckern kommt? Man braucht nicht unbedingt Anhänger Heräuserer Tarifausschauungen zu sein, um doch ohne weiteres herauszufinden, daß die Tarifgemeinschaft eine Ergründung bedeutet. Nicht um ihrer selbst willen wollen wir sie, auch nicht, um den Kampf unter allen Umständen auszuhalten und den Frieden zu sichern, sondern um mit ihr unsre Lebenslage zu verbessern, um durch sie einen so groß wie möglichen Anteil an den Kulturverrichtungen zu erlangen. Hat sie einmal aufgehört, ein Mittel zu diesem Zwecke zu sein, dann hat sie auch keine Berechtigung mehr zu existieren. Doch bis jetzt hat sie sich als ein vorzügliches Mittel hierzu bewährt, deshalb Grund genug für uns, daran festzuhalten. Und weil unsere Führer und Vertreter dies erkannt haben und um deswillen diesem Vertrage ihre Zustimmung gegeben haben, weil er wirkliche Verbesserungen in sich trug, und sie ihn auch ihren Mandatären zur Annahme anempfehlen konnten, deshalb sollten sie Verräter und sonstwas sein? — Diese systematische Hege, die nur das Ziel im Auge

hatte, die Autorität dieser Führer zu untergraben, sie unmöglich zu machen, um ihre Ämter weiter ausüben zu können, um eine Spaltung innerhalb der Kollegenschaft herbeizuführen und mit Hilfe derer die Gewerkschaftsbewegung der Buchdrucker in andere Bahnen zu lenken und so das nachahmenswerte Beispiel der übrigen Arbeiterschaft zu entziehen, ist schände in die Brüche gegangen. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat ungewollt sehr erheblich dazu beigetragen, daß eine andre Ansicht bei der Leipziger Kollegenschaft Platz gegriffen hat; denn jetzt sind sehr viele geradezu gezwungen worden, das, was ihnen geboten wurde, ernstlich zu prüfen, und daß sie dann auf einen andern Standpunkt kamen wie die „S. W.“ ist, wie gesagt, nicht deren Verdienst, wenn sie auch die Anregung hierzu gegeben hat. Auf der andern Seite hat sie durch ihre ungewöhnlich scharfen Angriffe uns gegenüber die Augen der gesamten Arbeiterschaft auf uns gelenkt, und ist es kein Wunder, wenn in den Parteiorganisationen verschiedener Orte unsere Tarifausschauungen besprochen werden. Hier lernt man so recht den in diesem Falle unheilvollen Einfluß der Parteipresse kennen; denn fast alle Redner haben das ihnen suggerierte Bedürfnis, zu verurteilen und zu verdonnern. Triffst es sich nun — und leider ist es größtenteils der Fall —, daß unsere Kollegen in der politischen Organisation nicht vertreten sind, daß sie aber diesem Bedürfnisse nicht entgegenzutreten und es auf ihre wahre Ursache zurückführen können, so ist das Urteil eben fertig und das einstimmig. Unders aber im andern Falle, man hat Gelegenheit, auch die Redakteure der Meßalle zu offenbaren, den Schatten die Lichtseiten entgegenzuhalten, mit einem Worte, anzuerkennen, was anzuerkennen ist, die ganze Tarifgemeinschaft in einem andern Lichte als dem ihnen bis jetzt gezeigten erscheinen zu lassen. Deshalb ist es auch notwendig, daß unsere Kollegen auch dort hingehen und dort ihre Stimme erheben der Wahrheit zur Ehre. Wer nicht nur einzig und allein, um ihre gewerkschaftlichen und gewerblichen Interessen zu wahren, sondern auch zu helfen, die ganze Arbeiterbewegung vorwärts zu bringen; denn auch denen erweisen sie einen Dienst, denen sie widersprechen und ihnen schließlich eine andre Meinung verschaffen und nicht denen allein, sondern der ganzen Bewegung überhaupt und die Freude an der politischen Betätigung wird nicht ausbleiben. Darum, Kollegen, hinein in die politische Partei, mit gearbeitet, wie sich das von jedem reifen Manne gehört, und zeigen wir, daß wir bestrebt sein wollen, das Wort zu erfüllen: „Partei und Gewerkschaft sind eins!“

Leipzig.

G. K.

Die „Freunde“ zur Linken.

Wer in historisch-ökonomischen Dingen macht und von dem kühn eroberten Redaktionsstuhl des „Zentral“-Organs „Vorwärts“ aus, jenseits von gut und böse, die Furchen der theoretischen Erkenntnis in dem Hirn seiner Mitmenschen vertieft, der hat auch das Recht, Undersgläubigen den Eintritt in seine Machtpfäre zu verwehren. So erging es dem Schreiber dieses, der am 9. Oktober den unten abgedruckten Artikel an die Redaktion des „Vorwärts“ sandte zwecks Abdruck, um die Leser des Blattes auf Vorgänge aufmerksam zu machen, die durch die seltsame Stellungnahme der Partei gegenüber einer Gewerkschaftsorganisation entstanden waren und entstehen können. Und wie die Aufklärungsarbeit des gewissen Kollegen John, jetzt wohlbestallten Redakteurs am „Vorwärts“, der die Schiebungen, welche unsere Angelegenheiten betreffen, bearbeitet, in den andern Arbeiterkreisen gewirkt hat, kann jeder hören, der mit ihnen in Berlin auf Zahlabenden oder sonstwie zusammenkommt. Ganztraubend ist einfach der Widsinn, der über den Tarifvertrag wie unsre Organisation überhaupt dabei jutage gefördert wird. Segen ist der Milde Preis! Am 24. Oktober erfolgte sodann die Zurückforderung des Manuskriptes, weil anscheinend keine Ansicht vorhanden war, daß der Redakteur Hübnerhauptmann, der die Spalten des Blattes besetzt hielt, für solche Sachen Platz machen werde. Der Artikel lautet wie folgt:

Eine Meinungsäußerung.

Nachdem in der letzten Woche des Septembers die Tarifberatungen der Arbeiter- und Prinzipalsvertreter für das Buchdruckergerbe ihr Ende gefunden, wurde den

Defern des „Vorwärts“ Gelegenheit, von Vorgängen innerhalb einer großen Organisation, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, in einer Weise Kenntnis zu nehmen, die für jeden nachdenkenden Lesenden Verwertungsergeben mußte. Es wurde dabei an die Urteilsfähigkeit der Allgemeinheit appelliert um Dinge, welche diese beim besten Willen nicht genau wissen konnte. Und unwillkürlich muß für den Leser, der Buchdrucker ist, die Frage entstehen: Was welchen Gründen geschieht die „Aufklärung“ der Parteigenossen in dieser Weise über eine Arbeiterorganisation, die im Begriffe ist, ihre häuslichen (gewerblichen) Angelegenheiten in Ordnung zu bringen? Hierbei ist vorzudenken, die Vorgänge des Jahres 1896 zu erwähnen.

In diesem Jahre fand gleichfalls eine Tarifberatung statt, welche den bis 1901 geltenden und dann bis Ende dieses Jahres verlängerten Tarif zur Einführung brachte. Nachdem dies damals geschehen, erhob sich bei einem Teile der Mitglieder des Verbandes sowie einem Teile der Parteipresse, namentlich der „Leipziger Volkszeitung“, ein Getöse über Arbeiterverrat usw., das zu dem Resultate führte, daß sich ein Teil der im Buchdruckerverbande organisierten Mitglieder zu einer Sonderorganisation zusammenfand, welche sich den Kampf gegen die verpöndliche Tendenz der Tarifverträge im allgemeinen und der Buchdruckerorganisation im besondern zum Ziele setzte und die in der Parteipresse tatkräftigste Unterstützung fand — in Uebereinstimmung mit den Schmarfacherorganen à la „Post“, welche, natürlich aus anderen Gründen, jede Parteigenossenschaft zum Kaufe münzichten. Die Zeit verging; das von der „Leipziger Volkszeitung“ ausgehaltene Organ der Sonderorganisation stellte sein Erscheinen ein, nachdem der immer mehr zusammen schrumpfenden Mitgliederzahl dieser „Organisation“ zwecks Aufnahme in den Verband goldene Widlen gebaut waren und — der Abschluß von Tarifverträgen als eine Form des wirtschaftlichen Kampfes brach sich in der Arbeiterbewegung allgemein Bahn!

Der Verband der Deutschen Buchdrucker erhöhte währenddessen seine Mitgliederzahl von 19 684 auf jetzt 46 000, vervollständigte seinen innern Ausbau und arbeitete daran, die auch damals als miserabel-schändlich verschrieenen Bestimmungen des Vertrags so zur Anwendung kommen zu lassen, daß sie der Gehilfenschaft von Nutzen waren. Nur wer in die Verhältnisse seines Spezialbetriebes eingedrungen ist, wird in der Lage sein, ermessen zu können, wie bedeutend durch diese Kleinarbeit — unter der Oberfläche — die beruflichen Verhältnisse jedweden Gewerbes gebessert werden. Aber gewiß lag keine Ursache vor, all dieses durch den damaligen „Schundtarif“ die Organisation mehr und mehr zum Wortle reichende an die große Glocke zu hängen, wie überhaupt der Buchdruckerverband bemüht war, sich nicht um Dinge zu kümmern, die „ihm“ nichts „angingen“, namentlich wenn es sich um Organisationsverhältnisse irgend welcher Art handelte, die andere Organisationen faßten. Die 40 Jahre seines Wirkens haben ihn aber immer da gefunden, wohin sich zu stellen in der modernen Arbeiterbewegung seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit war.

Aus alledem ergibt sich also die Frage wie vorhin: Was veranlaßte den „Vorwärts“ und einen Teil der Parteipresse, jetzt nun als maßgebliche Richter aufzutreten und dazu beizutragen, von der Arbeiterkraft Urteile zu provozieren über die Maßnahmen einer Organisation, deren Mitglieder sich zunächst selbst noch nicht mal insgesamt über den Wert oder Unwert derselben geklärt und entschieden haben? Ob das geschehene Vergehen eine Pflege des Geistes darstellt, wie er in der Resolution von Mannheim figuriert ist, wenn bemerkt Unfrieden unter die Mitglieder einer Organisation getragen wird, um sie zu veranlassen, gefasste Beschlüsse zu annullieren bzw. die durch Urwahl ernannten Vertreter herunterzuziehen, ist doch wohl verdammt zweifelhaft. Der Tarifvertrag ist aufzuheben — genommen nach vorheriger Festlegung seiner Grundzüge durch eine Generalversammlung und der zweithöchsten Instanz der Organisation: der Gauvorsteherkonferenz; eben auf dieser Grundlage haben die Gehilfenvertreter bei den Tarifberatungen gearbeitet. Und nun auf einmal Klüber und Wädel! Es müßte ja ein lustiges Leben in der Arbeiterbewegung werden, wenn von gewählten und beauftragten Vertretern gefasste Beschlüsse nach Raune und Stimmung in die Luft geblasen werden können. Bis jetzt haben sich ja glücklicherweise die Mitglieder des Buchdruckerverbandes bei noch so großen Meinungsverschiedenheiten unter sich immer wieder zur gemeinsamen Arbeit unter dem Gesichtswinkel zusammengefunden, daß die Anerkennung der Beschlüsse einer Mehrheit die höchste demokratische Tugend ist. Es war nur anders, als sich gute Freunde fanden, welche den Versuch unternahmen einer Minderheit Vorstoß leisteten. Ist vielleicht ein zweites 1896 in Vorbereitung?

Wie sagte doch der alte Fritz, mit wem muß man sich herumschlagen?
Berlin. Max Gähler.

Korrespondenzen.

Auenrade. In einer außerordentlichen Versammlung wurde nach einer sachlichen und ruhig verlaufenen Debatte die neue Tarifvereinbarung einstimmig angenommen. Es wurde anerkannt, daß unsere Vertreter die möglichsten getan haben und daß unseren bewährten Führern auch in Zukunft Vertrauen entgegengebracht werde. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Einigkeit der deutschen Buchdrucker schloß die Versammlung.

Ursberg. Am 20. Oktober fand im Vereinslokale eine Monatsversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, mit denen die Vertreter der Gehilfenschaft zu kämpfen hatten, erklärte sich die Versammlung mit den Vorschlägen einverstanden und gab durch folgende Resolution ihrer Meinung Ausdruck: „Die heute abgehaltene, fast vollständig besuchte Monatsversammlung des Ortsvereins Ursberg erkennt die Verdienste der Gehilfenvertreter bei Schaffung des neuen Tarifes an und verpflichtet, mit allen Mitteln für die Einführung desselben einzutreten.“

r. Braunschweig. „Wir kommen spät, aber wir kommen“ — nämlich mit unsrer Zustimmung zu dem neuen Tarife. Besondere Umstände wegen konnte die Vertretertagung über die Berliner Verhandlungen erst am 21. Oktober stattfinden. Mit einer gewissen Ungebuld hatten die Kollegen diesen Tag erwartet, und als der Vorsitzende die Versammlung eröffnete, waren die Braunschweiger Mitglieder mit einigen Ausnahmen vollständig erschienen; die Orte Wolfenbüttel, Schöningen und Seesen hatten Vertreter entsandt. Lauflose Stille — doch nicht die Ruhe vor dem Sturm — herrschte, als unser Gehilfenvertreter Klapproth zu seinem Referat über die Verhandlungen der Tarifauschussung das Wort ergriff; mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den klaren und leicht verständlichen Ausführungen des Redners, der in eingehender Weise den achtjährigen „Kampf“ der Gehilfenvertreter um die einzelnen Positionen schilderte und die diesmaligen Erzeugnisse erläuterte. (Eine ausführliche Berichterstattung erübrigt sich wohl. D. Schr.) Der fast zweistündigen, mit Beifall aufgenommenen Rede folgte eine lebhafte, aber sachliche Diskussion, in der mehrere Redner einzelne Bestimmungen des Tarifes kritisierten, im allgemeinen aber für Annahme des neuen Tarifes plädierten. Folgende Resolution fand sodann einstimmige Annahme: „Die am 21. Oktober tagende, von etwa 300 Kollegen aus den Druckorten Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöningen und Seesen besuchte Versammlung des Bezirksvereins Braunschweig hält bei aller Anerkennung der Tätigkeit der Gehilfenvertreter das Resultat der diesjährigen Tarifrevision für wenig befriedigend und hätte in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein weitergehendes Entgegenkommen seitens der Prinzipalvertreter erwartet. Wenn trotzdem die Versammlung im Interesse des gewerblichen Friedens dem teuegchaffenen Tarife ihre Zustimmung gibt, so geschieht dieses in der Voraussetzung, daß die Prinzipale der Einführung des neuen Tarifes Schwierigkeiten nicht bereiten und damit besondere Opfer für die Gehilfenschaft verbieten werden.“ (Soweit die Beschlüsse der Tagesordnung.) Die Resolution wurde einstimmig angenommen, als 3 Mk. über Minimum erhalten. Ferner spricht die Versammlung die bestimmte Erwartung aus, daß der schon im Jahre 1901 vom Kreisamte erhobte, in der spätem Außerordentlichen Tarifauschussung allerdings — nach Ansicht der Gehilfen zu unrecht — wieder reduzierte Lokalzuschlag für Braunschweig von der demnächstigen Kreisamtschätzung auf 15 Proz. festgesetzt wird.“

L. Bunzlau. Ein „großer Tag“ für die Bunzlauer Kollegen war der 13. Oktober. Es galt, das fünf- und zwanzigjährige Verbandsjubiläum des langjährigen verdienstvollen Vorsitzenden Albert Schaubert in würdiger Weise zu begehen. Nahezu vollständig waren die hiesigen Kollegen mit ihren Damen im „Schweizerhaus“ erschienen, aber auch von auswärts waren Delegationen eingetroffen, um dem Jubilare Glückwünsche zu überbringen. Vom Gauvorstande war Kollege Wächner, vom Bezirksvorstande Kollege Jänisch-Niegnitz, vom Haynauer Ortsvereine Kollege Jäckel anwesend. Außerdem waren noch verschiedene Kollegen aus den Ortsvereinen Niegnitz und Haynau erschienen. Nach dem vom Gesangverein Typographia vorgetragenen Begrüßungsliede sprach in wirkungsvoller Weise Kollege Linke den vom Kollegen Willy Fraßl verfassten sinnreichen Prolog. Kollege Wächner-Breslau hielt die Festrede, in der er die fünf- und zwanzigjährige verdienstvolle Verbandsstätigkeit des Jubilars gebührend feierte. Namens des Ortsvereins Niegnitz überreichte Kollege Jänisch ein Bildnis unsers alten Härtel. Der Bunzlauer Ortsverein ließ durch Kollegen Reising seinem verehrten Vorsitzenden als Ehrengeschenk einen prachtvollen Freischwinger überreichen. Aus allen Gauen Deutschlands waren Glückwunschtelegramme und -schreiben eingelaufen. Der Gauvorstand, die „Korr.“-Redaktion, der Ortsverein Haynau, der Ortsverein Sörlitz, der Ortsverein und Bezirk Slogau hatten Glückwünsche gesandt, außerdem aber noch eine große Zahl ehrenamtlich in Bunzlau konditionierender Kollegen. Der unterhaltenden Teil des Abends hatte der Gesangverein Typographia übernommen, der seiner Aufgabe in glänzender Weise gerecht wurde und allen Teilnehmern des Festes einige amüsante Stunden bereitete.

m. Chemnitz. Bereits am 6. Oktober sollte hier eine Mitgliederversammlung abgehalten werden, um das Resultat der kurz zuvor beendeten Tarifverhandlungen durch unsern Gehilfenvertreter, Kollegen Wogenitz, zu hören. Aber es kam anders oder vielmehr: er kam nicht. Ueber 300 Kollegen, darunter viele aus der weitem Umgebung, hatten sich eingefunden, um dann zu vernehmen, daß der Referent leider nicht kommen konnte; die am andern Tage in Leipzig abgehaltene Versammlung hatte die unsre vereitelt. Und es war gut so. Immer mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß manch bitteres Wort ungesprochen geblieben wäre, wenn erst einige

Wochen und „Korrespondenten“ ins Land gegangen wären, ehe ein endgültiges Urteil über die neuen Tarifabmachungen gefällt wurde. Den Beweis dafür erbrachte auch unsre am Sonntag den 21. Oktober abgehaltene Allgemeine Versammlung. Als Referent war Kollege Rezhäuser gewonnen. (Wir hoffen, Kollegen Wogenitz ein andermal in unsrer Mitte zu sehen!) Wieder waren viele auswärtige Kollegen erschienen und über 400 Personen füllten den Saal unsers Volkshauses „Kolosseum“, der uns leider nur bis 2 Uhr zur Verfügung stand. Kollege Rezhäuser gab in seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen ein Bild von den jetztigen Tarifverhandlungen, der gewerblichen Lage und den neugegchaffenen Positionen. Nicht von niedrigen Gesichtspunkten ausgehend und sich nur auf Tatsachen stützend, legte er dar, warum unsere Vertreter aus praktischer und taktischer Gründen dem neuen Tarife zugestimmt haben. Auch über den abgefallenen Vertrag der beiden Organisationen brachte seine Ausführungen die nötige Aufklärung, ebenso über die wichtigsten Positionen des neuen Tarifes. Mit gespanntestem Interesse waren die Anwesenden dem Vortrage gefolgt und bedauerten nur, daß es dem Redner infolge der anderweitigen Belegung des Saales nicht möglich war, seine interessanten Ausführungen uneingeschränkt wiederzugeben. Reicher Beifall brüdete ihm den Dank und die Zustimmung der Versammelten aus. Eine eingereichte Resolution leitete zur Diskussion über, die sich in durchaus sachlichen Grenzen bewegte. Seitens der Maschinenseher kam der Unmut zum Ausdruck, wie er sich ja überall zeigt; sie erklärten ihre Unzufriedenheit, ohne jedoch deshalb dem Ganzen ihre Zustimmung zu versagen. Die Maschinenmeister begrüßten die wenn auch nicht allzu reichen Verbesserungen des Tarifes zu ihren Gunsten und hofften durch engen Zusammenschluß noch manches Wunschswerte und Notwendige zu erreichen. Ein weiterer Redner betonte die in der Resolution näher bezeichnete Erhöhung des Lokalzuschlags, dessen Berechtigung wohl auch von unsern Prinzipalen nicht abzuerkennen ist. An die anwesenden Nichtmitglieder, zumeist frühere Verbandsmitglieder, wurde der Appell gerichtet, sich dem Ganzen wieder anzuschließen. Das Meistert Rezhäusers hatte auch Bezug auf sie und ihre Schicksalsgenossen genommen. Hoffentlich ist es auch bei ihnen nicht auf ganz unfruchtbaren Boden gefallen. Die Abstimmung über die Resolution ergab, daß dieselbe gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Sie lautete: „Die heutige Allgemeine Versammlung der Chemnitzer Buchdrucker, welche auch von Kollegen aus Burgstädt, Frankenberg, Hofstein, Hainichen, Simbach, Nichtenstein, Wittweiba, Penig, Oberlungwitz, Thum, Waldheim und Zschopau besucht ist, erklärt sich nach dem Referate unsers Kollegen Rezhäuser mit den neuen Tarifabmachungen und dem Vertrage von Organisation zu Organisation trotz der verheißenen Mängel einverstanden. Sie bedauert die Einführung des Verbandsbeitrags an der Sebmashine und die Beibehaltung der Lohnstaffel. Sie bringt den Gehilfenvertretern nach wie vor ihr ganzes Vertrauen entgegen. Von den Prinzipalen erwartet die Versammlung, daß sie der Einführung des neuen Tarifes keine Schwierigkeiten bereiten werden und auch alle diejenigen Gehilfen, welche jetzt mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnt werden, eine angemessene Lohnerhöhung erhalten. Da Chemnitz eine der teuersten Städte Deutschlands ist, jetzt die Versammlung bestimmt voraus, daß der Lokalzuschlag von 12% auf 17% Proz. erhöht wird. Die Anwesenden versprechen, mit aller Energie für die Ein- und Durchführung des neuen Tarifes einzutreten.“ Kollege Rezhäuser ging in seinem Schlussworte noch des näheren auf die Sebmashinenfrage usw. ein, worauf der Vorsitzende die würdige verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband schloß.

Dortmund. Der Bezirk hielt am 21. Oktober eine Außerordentliche Versammlung ab, welche von 195 Kollegen besucht war. Für die Witwe unsers verstorbenen Gauvorstehers Schulmann wurden aus der Kasse 50 Mk. bewilligt. Kollege Müller aus Essen hielt uns ein 1 1/2 stündigen Vortrag über den neuen Tarif. In der Diskussion sprachen sich fast sämtliche Redner gegen Annahme des Tarifes und für Annahme der Berliner Resolution aus. Leider mußte die Versammlung um 3 1/2 Uhr nachmittags vertagt werden, da der Saal anderweitig vermietet war, und so konnte die Versammlung zu keinem Endergebnisse kommen. Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr gegen Annahme des Tarifes. Der Schriftführer Rejshö wollte wegen der Verächtigung des Kollegen Bäumgen seit Amt niederlegen, weil aber diese Sache zu getraubend gewesen wäre, nahm derselbe für diesmal noch an, so daß nicht zur Wahl geschritten zu werden brauchte.

B. Elberfeld. Im Gegensatz zu unsrer letzten Ortsversammlung verließ die am 20. Oktober im „Viktoria-theater“ abgehaltene Ortsliche Bezirksversammlung sehr ruhig. Dieselbe nahm Stellung zu dem neuen Tarifabkommen, wozu Kollege Schöred-Essen das Referat übernommen hatte. Anwesend waren etwa 250 Mitglieder (von annähernd 500 im Bezirke). Nach längerer Debatte für und gegen das Tarifabkommen wurde dasselbe mit 137 Stimmen abgelehnt und folgende Resolution angenommen: „Die am 20. Oktober in Elberfeld stattfindende Bezirksversammlung lehnt den Tarif ab, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die 10prozentige Lohnerhöhung entspricht nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen. Außerdem verlangen wir die Aufhebung aller Gehilfen um 15 Proz. 2. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist unter allen Umständen notwendig. 3. Das Berechnen an der Sebmashine ist dazu angetan, die Arbeitslosenzahl zu vermehren und lehnt die Gehilfenschaft

das Berechnen an der Maschine ab. 4. Dem Organisationsvertrage kann die Verammlung in seiner jetzigen Fassung nicht zustimmen, da derselbe Paragrafen enthält, welche die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaftsorganisationen lahmlegen. Der Zentralvorstand wird beauftragt, sofort eine Generalversammlung einzuberufen, welche über die weiteren Schritte zu beschließen hat."

Bezirk Gotha. Die am 21. Oktober am Vorort tagende zweite Bezirksversammlung gab den Mitgliedern des Bezirks Gelegenheit, Stellung zu den Tarifabmachungen zu nehmen. Eingeleitet durch den exakten Vortrag der Schwelbert-Krahl'schen "Festhymne" seitens der Typographia Gotha konnte Bezirksvorsitzender Langloß die Verammlung bei Anwesenheit von 200 Mitgliedern aus 12 Druckorten (welche Ziffer sich später auf gegen 230 erhöhte) eröffnen. Als besonders erfreulich begrüßte er die vollständige Anwesenheit der Mitglieder des neuen Ortsvereins Heiligenstadt und hieß ferner den Gehilfenvertreter König-Galle und den Gavourfseher Helmholz-Weimar willkommen. Nach einem Appell an die Mitglieder, der neuen Situation mit Ruhe gegenüberzutreten und durch festes Zusammenhalten im Verbandsrechnung zu tragen, erteilte er dem Kollegen König das Wort zu seinem Bericht über die Ergebnisse der Tarifauschüßung. In einem zweifundigen Vortrage gab dieser ein anschauliches Bild über die Beratungen. Kurz die geschäftliche Seite skizzierend, unterwarf er Punkt für Punkt einer eingehenden Darlegung; die prinzipielle Berechtigung unserer Forderungen und den energischen Widerstand der Prinzipale hervorhebend, unterzog er die abgezwungenen Zugeständnisse an die Prinzipale einer eingehenden Kritik. Nachdem er den Vertrag behandelt und die gegen einzelne Paragraphen desselben laut gewordenen Bedenken zerstreut, resümierte er, daß, da die Verhandlungen unter dem Einfluß scharfmacherischer Strömungen sich äußerst schwierig gestaltet und nicht zu ignorierende Unternehmerrgruppen ein sehr gewichtiges Wort mit gesprochen hätten, die Ergebnisse der Beratungen wohl in manchem Punkte hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, daß sie aber in ihrer Gesamtheit eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft bedeuteten, die man abzulehnen und die Gehilfenschaft einer unsicheren Zukunft entgegen zu führen denn doch mit seinem Verantwortlichkeitsgefühl nicht in Einklang zu bringen vermocht habe. Möge man sich mit den Tatsachen abfinden und durch zielbewußte Arbeit den Boden zu weiterem Vorwärtsschreiten ebnen. Sauter Beifall lohnte den Referenten für seinen mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Bericht. Die nunmehr einsetzende mehrstündige, äußerst sachliche Diskussion, in die der Referent sowie der Gavourfseher des öfters brüchigend und ergänzend eingriffen, bewegte sich in vielen Punkten im Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten, und nur vereinzelte, kaum völlige Gegnerschaft gegen die Abmachungen zu Worte. "Moniert wurden vor allem die geringen Zugeständnisse in bezug auf die Entlohnung, besonders die teilweise Nichtberücksichtigung der höher Entlohnten sowie die Erweiterung des Staffeltarifes, scharf kritisiert wurde die Konzeption des Berechnens an der Segma-Maschine, deren Wirkung in Verbindung mit der unterbliebenen Arbeitszeitverkürzung eine äußerst folgenschwere sein würde. Die Buchtabenzahlen, die dem Maschinenfertigtarife zur Grundlage dienen, seien viel zu hoch gegriffen und von einem an der Maschine Auslernenden absolut nicht zu erreichen. Einzelnen Bestimmungen des Vertrags stand man sehr feindselig gegenüber. Sei man also von dem Entgegenkommen der Prinzipale wenig vertriebt, so müsse andererseits die Art der Bewertung der geleisteten Arbeit unserer Vertreter seitens einiger größeren Mitgliedschaften sehr bedauert werden. Zurückweisen sei auch die Art und Weise der Betätigung des "Interesses" an unseren Obliegenheiten von seiten einer Anzahl Parteiführer. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten, in dem er noch speziell auf den Vertrag einging, gelangte folgende Resolution gegen wenige Stimmen zur Annahme: "Die am 21. Oktober 1906 im Thüringer Hof zu Gotha tagende, von gegen 230 Mitgliedern aus allen Druckorten besuchte Bezirksversammlung beschließt, trotzdem die festgelegten Bestimmungen betreffs Arbeitszeitverkürzung und Lohnserhöhung den Erwartungen der Gehilfen nicht entsprechen, die Abmachungen des neuen Tarifes anzuerkennen und erwartet von den Prinzipalen, daß allen über Minimum stehenden Gehilfen die Aufbesserung zuteil wird. Ferner spricht die Verammlung den Gehilfenvertretern Anerkennung und Dank aus. Sie verpflichtet sich, mit allen Mitteln für die Ein- und Durchführung des Tarifes zu wirken."

Gründens. Unser Ortsverein beschäftigte sich am 21. Oktober in einer Außerordentlichen Verammlung mit den Tarifverhandlungen. In der sehr lebhaften Debatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß wenn auch nicht alle Forderungen bewilligt worden sind, man sich doch mit dem Errungenen zufrieden geben könne in der Erwartung, daß auch den mit über 3 Mk. über Minimum Entlohnerten der pekuniäre Vorteil des neuen Tarifes zuteil werde. Es fand folgende Resolution einstimmige Annahme: "Die heutige Verammlung erklärt sich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen einverstanden, erwartet jedoch von dem Gehilfenvertreter des Kreises IXa, daß er angesichts der hier herrschenden enormen Lernerung aller Lebensmittel und der hohen Wohnungskosten mit allen Kräften für Bewilligung des beantragten fünfprozentigen Lokalaufschlags eintritt."

Greifswald. Seit letzter Zeit nehmen unsere Kollegen mit besonderem Interesse an den Monatsversammlungen teil. Mit den neuen Tarifabmachungen sind zwar nicht alle hiesigen Kollegen ganz zufrieden, trotzdem

ist aber in der gut besuchten Verammlung am 20. Oktober der Beschluß gefaßt worden, die Erklärung abzugeben: "Der hiesige Ortsverein erklärt sich mit den Tarifabmachungen einverstanden und spricht hiermit den Gehilfenvertretern seinen Dank aus."

Gummersbach. Am 13. Oktober hatten sich die sämtlichen hiesigen Kollegen im Restaurant von Ernst Kröhler versammelt, um einen Ortsverein zu gründen. Als Vorsitzender wurde einstimmig Kollege Guyot gewählt, als Kassierer und Schriftführer Sr. Krohl. Hierauf wurde über die Abfassung einer kleinen Festliche gesprochen, welche Zustimmung fand. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß unser Vorsitzender mit einem begeisterten Hoch auf das Wohl und Gedeihen unsers jungen Ortsvereins die Verammlung.

G. Halle a. S. Es war eine heiße Schlacht, welche in unsern letzten, stark besuchten Verammlung um unsere Tarifabmachungen geschlagen werden mußte, so daß erst morgens gegen 3 Uhr der Sieg verbüßt werden konnte. Standen doch sämtliche "Strategen" auf der einen sowie auf der andern Seite im "Feuer", welche befreit waren, jeder den Sieg an seine Fahnen zu heften. Gegen 1 Uhr tobte der Kampf noch so heftig, daß den Rednern nur noch 10 Minuten Redezeit gewährt werden konnte, nur um ein Resultat zu erzielen. Mit Recht konnte Kollege König wohl behaupten, daß er am Vororte den härtesten Kampf zu bestehen hätte, so schwer sei es ihm an keinem Orte seines weiten "Reiches", wo er schon referiert habe, gemacht worden. Daß auch einige Ausfälle gegen den hiesigen Vorstand mit unterließen, er habe sämtliche "Reißperbe", pardon, "Paradeperbe", ins Feuer geschickt, um der Situation Herr zu werden, versteht sich am Rande. Die Freunde der Abmachungen eröffneten den Reigen, indem nochmals zu beweisen versucht wurde, daß es in unsern urreigsten Interesse läge, denselben zuzustimmen. Die Auffassung, die 10 Proz. seien keine Errungenschaft, sei eben eine geteilte; wenn von 56000 Gehilfen 46000 in den Genuß der Erhöhung treten, so sollte man doch meinen, daß dies ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wohlgebiete sei. Der Mithum der höher bezahlten Kollegen sei ja begründet, doch werden dieselben in eine Lage kommen, welche die Prinzipale zwingen werde, auch diesen eine Zulage zu gewähren, das bedingten dann schon die Verhältnisse. So sei auch die 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung zu bewerten; wenn es auch nicht viel ist, was man errungen, so sei doch ein Vorwärtsschritt auf diesem Gebiete ebenfalls nicht zu verkennen. Über auch die kleineren Verbesserungen, wie die Berücksichtigung der Arbeitszeit sowie die Erhöhung der Ueberstunden, werden den Kollegen noch manchen Vorteil bringen, was von diesen jetzt gar nicht beachtet würde. Es wurde sodann ein Rückblick über die Entstehung des Organisationsvertrages gegeben, und zwar von der Dresdener Generalversammlung ausgehend bis zum Abschlusse mit der Prinzipalität. Es sei ja ein Unsin, wenn behauptet würde, wir könnten nicht mehr freieren; wenn jeder Kollege seine Kündigung einhält, kann auch der Prinzipal keine Entschädigung verlangen. Im übrigen sei es wohl verflücht, jetzt schon ein objektives Urteil darüber zu haben, das müsse sich erst aus der Praxis ergeben. Eigentlich müßte das Verhalten des Scharfmachertums dem Vertrage gegenüber uns in der Ansicht bestärken, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Man solle sich deshalb von außen keinen "Stoß ins Ohr" lassen lassen, sondern seinen Entschluß, ob man den Abmachungen zustimmt oder nicht, nach eigenem Ermeßen treffen. Von dem Gegnern wurde ausgeführt, daß, wollte man die Vorteile mit den Nachteilen vergleichen, von den ersteren nichts oder nur wenig übrig bleiben würde, so z. B. kämen gar keine 10 Proz. Erhöhung heraus, da doch 10000 Gehilfen nichts bekämen. Es burste auf keinen Fall auf die Forderung, "auf alle Löhne", verzichtet werden. Eine Ungerechtigkeit sondergleichen sei es, wenn ein Teil etwas bekommt und der andre nicht. Vor fünf Jahren hies es, wenn erst zwei Drittel organisiert sind, so können wir eher eine Forderung durchdrücken, dies wäre nun der Fall und doch dies Resultat. Die 1/2 Stunde sei ebenfalls gar nicht zu erwähnen, wenn wir in diesem Tempo fortfahren, bis der Aufständentag erreicht ist, so tut uns kein Jahr mehr weh. Auch die Ueberarbeitung des Kontrollschemas sei nur zu verwerten. Über das Verwerflichste sei der Beschluß des Vertrags, dieser sei einfach unannehmbar, denn es herrschte ein ganz unfreier Zug in ihm; wir werden auf Wege geraten, welche einer modernen Arbeiterorganisation nicht würdig sind. Durch den § 5 habe man den Tarif-Wahl-Entscheid festgelegt, und die Konsequenz des § 5 sei doch die, daß die Unternehmer die Arbeiter haftpflichtig machen. Wenn dem Vertrage zugestimmt wird, so sei eine Sozialisierung der Arbeiter nicht möglich. (Warum nicht? Red.) Ein Segma-Maschinenkollege übte ebenfalls heftige Kritik an dem Maschinenfertigtarife; obwohl er erklärte, daß sich mit dem Tausendpreise wirtschaften ließe, so seien doch die Nachteile, die er gebracht habe, ebenfalls nicht gering. Kollege König verteidigte in längeren Ausführungen die Positionen des Tarifes und Vertrags. Wir haben absolut keinen schmähtlichen Tarif abgeschlossen, wie das hiesige "Volkblatt" so geschmackvoll schrieb. Den Vorwurf des Verrates haben die Gehilfenvertreter nicht verdient, uns hat nur das Beste der Organisation vor Augen geschwebt. Hiermit war die Diskussion zu Ende und wurde folgende vom Gavourfseher Hallupp eingeleitete Resolution mit Mehrheit angenommen, nachdem die eine, welche den Tarif verwarf, sowie die andre, welche verlangte, Döblin zur Mitgliedschaft zu ziehen, abgelehnt worden waren. Resolution: "Die von über 200 Kollegen besuchte Verammlung des Ortsvereins Halle stimmt den

Tarifabmachungen und dem Tarifvertrage trotz verschiedener Mängel und Nichtberücksichtigung einer Anzahl Wünsche der Gehilfenschaft zu. Erwartet muß aber werden, daß nicht nur die Einführung des Tarifes nicht nur glatt von statten geht, sondern daß auch den über 3 Mk. über Minimum entlohnerten Kollegen die tariflichen Erhöhungen zuteil werden. Die Halle'sche Verbandskollegenchaft wird mit allen ihr zustehenden Mitteln befreit sein, den Tarif voll und ganz zur Durchführung zu bringen."

Hildesheim. In der am 15. Oktober abgehaltenen Außerordentlichen Verammlung des Ortsvereins war Hauptgegenstand der Tagesordnung die Besprechung des neuen Tarifes. Nachdem mehrere Redner denselben einer eingehenden Kritik unterzogen hatten, wurde folgende Resolution angenommen: "Die heute am 15. Oktober im Gewerkschaftshause tagende, fast vollständig besuchte Außerordentliche Buchdrucker-Verammlung beschließt, den in dem neuen Tarifvertrage festgelegten, wenn auch sehr unzulänglichen Abmachungen zuzustimmen, erwartet aber von den Prinzipalen Hildesheims aus bestimmteste, dem beantragten Lokalaufschlag von 8 Proz. ihre Zustimmung nicht zu verlagern, wie auch den mit 3 Mk. über Minimum entlohnerten Kollegen ebenfalls eine Zulage zuzumessen zu lassen." — Am 21. Oktober fand wiederum eine Außerordentliche Verammlung statt. Diese befaßte sich zunächst mit der Aenderung des Ortsvereinsstatutes. Hiernach wurde die von der letzten Bezirksversammlung beschlossene Trennung des Bezugs- und Ortsvereinsvorstandes beschlossen. In den letzteren wurden gewählt die Kollegen J. Halländer als Vorsitzender und G. Danthauer als Kassierer. Die weiteren Punkte betrafen interne Angelegenheiten.

Nk. Kassel. Wie schon kurz mitgeteilt, wurde am 14. Oktober im großen Saale des "Stadtbau" eine Defensitive Buchdrucker-Verammlung abgehalten, eine Verammlung so impopular, wie sie wohl Kassel's Buchdrucker noch nie gesehen. Es waren mit den aus den Bezirken Allenboth, Wildungen, Wigenhausen, Welfungen, Hofgeismar herbeigeleiteten Kollegen anwesend über 300 Personen. Sogar ein Kollege aus Worbis war dem Rufe gefolgt. Es lag wie Gewitterstimmung über der Kollegenchaft seit Veröffentlichung der Errungenschaften des neuen Tarifes. Und dieses das Resultat einer Taktik monatelangen Schmeißens und des Verheimlichens! Ein Gewitter brohte sich über dem Haupte unsers Gehilfenvertreter's G. Dominé zu entladen, der herbeigeleitet war, uns über die stattgehabten Verhandlungen in Berlin Bericht zu geben. Derselbe hat es jedoch verstanden, in über eineinhalbstündigen Vortrage die drohenden Wolken des Unmutes wenn auch nicht ganz, so doch teilweise zu zerstreuen. Großem Unwillen hat es begegnet, daß der 3 Mark über Minimum entlohnerten Kollegen die 10 Prozent-zuschlag nicht garantiert worden sind; die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung sei als ein Hohr gegen die Gehilfenschaft aufzufassen, aber auch der Organisationsvertrag gebe zu Zweifel Anlaß. Alle diese Momente suchte Dominé in seinem Vortrage zu zerstreuen. Die Prinzipale seien geradezu moralisch verpflichtet, die Vergünstigungen allen Kollegen zu gewähren, wollen dieselben sich eine arbeitsfreundliche und tüchtige Gehilfenschaft erhalten. Bei Abschluß des Organisationsvertrages hätten die Berufenen Vertreter nur das Beste für die Kollegenchaft im Auge gehabt; sie alle haben nach dem Grundsatze gehandelt, nicht allein den jeweiligen lokalen Verhältnissen Rechnung zu tragen, sondern im Interesse des großen und ganzen zu handeln. Während der sehr ausgiebigen Diskussion wurde von den Rednern ins Feld geführt, daß bei den diesmaligen Verhandlungen außerordentlich wenig Entgegenkommen von seiten der Prinzipalität gezeigt worden sei, durch die Lokalaufschläge würden wir auch nichts erreichen; Kollege Reußauer habe im September noch geschrieben, daß ein Budget von 28 Mark völlig unzureichend sei zum Leben. Auch sei die vorgeführte Statistik völlig unzutreffend für Kassel. In puncto Arbeitszeitverkürzung hätten die Vertreter vorher die Kollegenchaft fragen sollen, ob man auf die halbe Stunde eingehen solle oder nicht. Trotzdem die Gehilfenvertreter von der besten Wille besetzt waren, müsse ihnen doch das größte Mißtrauen ausgesprochen werden. Man könne dem Tarife nicht zustimmen, sondern müsse versuchen, in erneute Verhandlungen einzutreten. Andere Redner vertraten die Ansicht, daß man sich mit dem Erreichten abfinden müsse, wir aber dafür eintreten müßten, daß dieses auch voll und ganz durchgeführt würde, und hoffen wir ganz bestimmt in Anbetracht der überaus türen Lebensverhältnisse für Kassel eine entsprechende Erhöhung des Lokalaufschlags. In diesem Sinne lautete folgende von sechs eingereichten Resolutionen: "Die am 14. Oktober in Kassel tagende Allgemeine Buchdrucker-Verammlung hat mit großem Interesse der Berichterstattung über die in Berlin abgehaltenen Tarifverhandlungen von seiten unsers Gehilfenvertreter's, Kollegen G. Dominé, zugehört und erklärt unter Dank an denselben, daß sie, trotzdem das Resultat der Verhandlungen durchaus nicht allgemein befriedigt, dem Errungenen ihre Zustimmung gibt in der Voraussetzung, daß unser Lokalaufschlag entsprechend erhöht und unser seinerzeit gestelltes Verlangen auf Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde pro Tag bei der nächsten Tarifberatung unbedingt gewährt wird. Insbesondere erwartet die Verammlung, daß auch den über 3 Mark mehr wie das Minimum erhaltenden Kollegen eine zehnprozentige allgemeine Lohnserhöhung zugesichert wird." Dieser Resolution wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. In seinem trefflichen Schlußworte forderte der Referent die Kollegen auf, an dem Errungenen weiter zu bauen, damit es ausschlag zum Wohle und zum Segen des

Verbandes, auf diesen ein Hoch ausbringend, in welches von Seiten der Anwesenden kräftig und begeistert eingestimmt wurde. Damit fand die denkwürdige Versammlung ihr Ende.

a. Kempten. Die am 13. Oktober im „Adler“-Neustadt von der Mitgliebschaft Kempten tagende Quartalsversammlung war von den Kollegen vollständig besucht. Nach Erledigung der üblichen Vereinsgeschäfte referierte Kollege Kirchmayer-Mugsburg in fünfstündiger Rede über die Beschlüsse des Tarifauschusses und den Organisationsvertrag. Nach einer längeren Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute abgehaltene Versammlung der Mitgliebschaft Kempten erklärt, den neu revidierten Tarif anzunehmen, den Vertretern der Gehilfen bei den Verhandlungen ihren Dank und Anerkennung auszudrücken, und bemerkt weiter, daß bei den Prinzipalen darauf hingewirkt werden muß, daß für Kempten ein fünfprozentiger Lokalausschlag festgesetzt wird. Sind auch die berechtigten Wünsche der Gehilfenschaft nur zum Teile berücksichtigt worden, so muß es doch unser aller Aufgabe vorerst sein, dahin zu wirken, daß wenigstens dieser Tarif in allen seinen Teilen zur Durchführung gelangt.“

b. Köln a. Rh. Auch die Kölner Mitgliebschaft benötigte zur ausgiebigen Besprechung des neuen Tarifes zweier Versammlungen. Nachdem unsere Monatsversammlung am 6. Oktober nach langer Diskussion über den Bericht des Gehilfenvertreter Klave-Krefeld ohne Ergebnis auseinander ging, machte sich eine außerordentliche Bezirksversammlung notwendig, die am 20. Oktober im großen Volkshausaal abgehalten wurde. Beide Versammlungen waren von rund 600 Kollegen besucht. Nahm die erste hellenweise einen recht stürmischen Verlauf, so machte sich in der zweiten eine allgemeine wohltuende Ruhe bemerkbar. Und auch das Gesichtsfeld zeigte zuletzt insofern ein andres Bild, als von etwa einem Duzend „feindlicher“ Strategen noch vier übrig blieben. Freilich, im Laufe von vierzehn Tagen ändert sich in den heutigen Zeitläuften so viel, daß man sich über einen derartigen Umschwung auch in dieser Frage nicht zu wundern braucht. Wurde es doch allgemein anerkannt, daß die erste Diskussion etwas vorzeitig war, weil eben zu einer solchen die doch unbedingt nötigen gedruckten Grundlagen fehlten. Nun eine breite Diskussion in der Fachpresse wie in den Tageszeitungen stattgefunden, war die Vorbedingung zu einer gedeihlichen Aussprache gegeben. Die entscheidende Versammlung nahm im großen und ganzen folgenden Verlauf. (Ich kann mich dabei wohl auf die Wiedergabe der hauptsächlichsten Gesichtspunkte beschränken, weil im allgemeinen die Beweise für oder wider die Schädlichkeit des neuen Tarifabkommens überall dieselben sind.) Der Vorsitzende Herr am freilich kurz die letzte Versammlung und betonte die Notwendigkeit der heutigen. Sollte man heute aber zu einer alle befriedigende Aussprache kommen wollen, so sei vor allen Dingen Mühe und volle Aufmerksamkeit in der Diskussion geboten. Als erster Redner kritisierte Kollege Ransberg die bei der diesmaligen Tarifkampagne eingesetzte Taktik. Wenn man schon zugegeben habe, daß man vorher nichts „tau seggen“ hatte, so wäre es Pflicht des Zentralverbandes, uns wenigstens jetzt klaren Wein darüber einzuschütten, was geschaffen wurde, damit man sich nunmehr äußern könne. Das scheint man aber absichtlich nicht zu wollen, namentlich was den Organisationsvertrag anbetraf. Wenn nur die Hälfte von dem, was über diesen Vertrag in die Öffentlichkeit gedrückt ist, wahr sei, dann sei er für uns unannehmbar. Auch der eigentliche Tarif sei nicht weitgehend genug; weil er außerdem nicht allen Gehilfen zugute käme, bitte er um Ablehnung desselben. Kollege Strowitzki bedauerte, daß man in der ersten Versammlung mit Waffen gekämpft habe, die unter organisierten Buchdruckern nicht üblich seien; jedenfalls könne von Verzicht keine Rede sein. Hätte man mit der Diskussion bis heute gewartet, so würde das der Allgemeinheit nur genützt haben. Alle die, die gegen die Abmachungen seien, hätten bis zur Stunde vergessen, an die Stelle des abzulehnenden etwas zu setzen, was diesem nur im entferntesten gleichkommt. Es würde fortwährend auf einen Streit hingewiesen. Wer hätte aber die Garantie zu bieten, daß ein solcher uns günstigere Positionen bringt? Streits gehörten zu den Kinderkrankheiten einer Organisation, über die unser alter Verband doch längst hinaus sein müßte. Für ihn könne nur noch der Weg der Vereinbarung auf dem Tarifgebiete übrig bleiben, welcher Weg von allen Organisationen nach und nach eingeschlagen würde. Redner verteidigte den neuen Tarif nicht, weil er uns alles Wünschenswerte gebracht, sondern weil er ein Fortschritt sei; vollständig zufrieden könne keiner mit ihm sein. Im Interesse unserer Organisation und unsers wirtschaftlichen Erwerbslebens sei es aber nötig, den Abmachungen zuzustimmen. Kollege Heller war der Ansicht, daß man sich mit dem eigentlichen Tarifverträge nicht mehr so sehr zu beschäftigen brauche; etwas andres sei der ideale Vertrag. Gerade in Rheinland-Westfalen hätte man in der letzten Zeit doch Beispiele genug gehabt, wie von der sogenannten „Christlichen“ Seite Quartalsvereine in unser Verbandsleben zu tragen versucht worden seien; wenn das in Zukunft bei dem Abschluß von Organisation zu Organisation stattgefunden hätte, dann hätte man wahrlich allen Grund, den Vertrag in der Besetzung verschwinden zu lassen. (Was für jedes Verbandsmitglied ganz selbstverständlich ist. D. Schr.) Er ersuchte den anwesenden Gauvorsteher Grafmann um Aufklärung in dieser Angelegenheit. Kollege Römer wandte sich zunächst gegen das Verfahren des „Korr.“, der es hinzustellen beliebt, als sei die Opposition gegen den neuen Tarif durch die Parteipresse auf-

gestachelt worden. Es sei da eigentlich, daß die Opposition auch in den Kreisen vorhanden sei, wo diese Presse nicht gelesen werde. Die „Korr.“-Redaktion wolle mit derartigen Behauptungen die Leser über die wirkliche Sachlage hinwegtäuschen (Quatsch! Red.). Die Haltung der Gehilfenvertreter bei Ausübung ihres Mandates sei geradezu als verräterisch zu bezeichnen. Abgesehen von dem Unzureichenden bei den heutigen Teuerungserklärungen, war der neue Tarif bringe, sei er geeignet, dem Verbande seine Selbständigkeit zu rauben durch den Organisationsvertrag. Redner erwähnte ebenfalls die von dem „Eiferer, Beobachter“ verbreitete Äußerung des Herrn Otto auf einer Düsseldorf-Versammlung der Prinzipale des Kreises II, wonach der Verband keine Ausschüsse von Mitgliedern mehr vornehmen könne, wenn diese sich in den Dienst christlicher Gewerkschaften stellen sollten. Das sei ein Spiel hinter den Kulissen und kennzeichne die Tätigkeit der Gehilfenvertreter. Auch die Anstellung des juristischen Beirates im Tarifamte mache eine gewerkschaftliche Vertätigung unmöglich, weil in Streitfragen der Herr Jurist schon aus Klasseninteresse auf Seiten der Unternehmer stehen müsse. Und bei der Entscheidung der Frage, ob etwa der Gutenbergschub oder eine vielleicht noch entstehende christliche Gruppe zur Tarifgemeinschaft zugelassen werden solle, würde der Herr Jurist ganz bestimmt im Sinne der Prinzipale votieren. Aus allen diesen Gründen ersuchte er die Anwesenden, den Tarif abzulehnen. Redner brachte eine diesbezügliche Resolution ein, welche zur Klärung der Situation auch eine außerordentliche Generalversammlung forderte. Kollege Roskamp wandte sich gegen diese Ausführungen und betonte, das Tarifabkommen sei auf legale Art zustande gekommen, was jedes disziplinierte Verbandsmitglied respektieren müsse. Sei es denn früher anders gewesen? Stets hätten die Vertreter der Gehilfen im Tarifauschüsse mit der freien Hand auch das volle Vertrauen ihrer Mandatgeber besessen, und stets hätten diese auch das Vertrauen zu würdigen gesucht. Die Generalversammlung, unsere oberste Instanz, hätte die Taktik gutgeheißen, und dem habe man sich zu fügen. Ein gebundenes Mandat sei ein Un Ding; dann könne man auf Verhandlungen verzichten und unseren Prinzipalen die Wünsche auf einen Zettel schreiben, mit der Maßgabe: „Das wollen wir, sonst — wird getreift!“ Was aber dabei herauskomme, das dürfe doch alten Verbandsmitgliedern nicht unbekannt sein. Unzählige Christen seien speziell bei dem Her Streit geopfert worden, Millionensummen wurden aufgewendet — sie seien nicht notwendig gewesen, wenn man zu der Zeit schon die heutige Macht der Organisation besessen hätte, um die Unternehmer zu einem annehmbaren Vertrage zu zwingen. Mit einer Ablehnung werde nichts erreicht; er ersuche, die Resolution Römer abzulehnen und dem Tarife die Zustimmung zu geben. Kollege Mojs polemisierte gegen Römer und empfahl die Annahme des Tarifes. Kollege Strömmer fand die Bestimmungen des neuen Tarifes für ungenügend, weil die Lohnverhöhung nicht allen Kollegen zugute komme. Kollege Strowitzki polemisierte nochmals gegen Römer; man müsse doch vor allem bedenken, daß auch die Provinzkollegen von dem neuen Tarifabkommen einen Vorteil hätten — Gegenden, wo es bis heute noch nicht gelungen sei, den jetzt geltenden Tarif überall einzuführen. Mit Rücksicht auf diese Kollegen sollten die Kollegen, die in den Großstädten auf einer „höheren Warte“ stehen, einmal ein Auge zudrücken. Aber auch in den Großstädten werde es noch manchen Seufzer kosten, bis der jetzt abgeschlossene Tarif völlig durchgedrückt sei. Er ersuchte, die Resolution Römer abzulehnen und dem Tarifverträge zuzustimmen. Gauvorsteher Grafmann ging in längeren Ausführungen auf die bisher gepflogene Diskussion ein. Zwischen Forderungen und Bewilligen sei ein Unterschied — und immer gewesen. Wenn man gesagt habe, der und jener Verband habe größere Fortschritte bei Lohnbewegungen erzielt, so vergesse man ganz, daß diese Lohnbewegungen lokale waren, und auch nur da diesen Erfolg hatten, wo die nötige Stärke der Organisation dahinter stand, also vornehmlich in Großstädten; unser Tarif sei aber ein Lohnvertrag, ausgebreitet über das ganze Reich. Darin liege das Schwergewicht. In dieser Hinsicht müsse er dem Kollegen Strowitzki zustimmen, der die tatsächlichen Verhältnisse ganz treffend geschildert habe. Ganz entschieden sei der Vorwurf des Verrates den Gehilfenvertretern gegenüber zurückzuweisen. Ebenso sei der Vorwurf der Geheimnisträuerei unhaltbar, weil doch die Generalversammlung die Richtschnur gegeben habe. Mit der frühesten Taktik habe man sehr böse Erfahrungen gemacht, vor allem aber auch keinen Pfifferling mehr erreicht. Wenn man bis zur „letzten Stunde“ von den Tarifabmachungen nichts erfahren habe und daraus deduziere, daß die Taktik eine verkehrte gewesen sei, so sei daran zu erinnern, daß die österreichische Kollegenschaft 15 Monate lang kein Wort über den Werdegang ihrer Tarifberatung gehört habe, weil sie das feste Vertrauen in ihre Vertreter setzte — diese Kollegen seien eben diszipliniert in ihrem Lohnkampfe gewesen, woran sich die deutschen Kollegen ein Beispiel nehmen sollten. Man habe von dort nicht den schmachvollen Vorwurf des Verrates gehört, trotzdem auch dort die Kollegen keine Ursache gehabt hätten, mit dem Erreichten unter allen Umständen zufrieden zu sein. Sie hätten es eben verstanden, den einmal gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Aber nicht allein die Gehilfenvertreter würden jetzt mit Miträuen angesehen, auch die Prinzipale hätten mit ihren Mandatgebern noch manchen Strauß auszupflügen. Von einem zehnjährigen Tarifabschlusse könne keine Rede sein, die bisherige Regel bleibe bestehen, wonach der Tarif nur fünf Jahre Geltung

habe. Was die Ausführungen des Herrn Otto in Krefeld betreffe, so könnten sie nur in völlig unerbittlichem Sinne aufzufassen sein; denn das müßte für jeden klar sein, daß unsere Gehilfenvertreter nun und nimmer einem Vertrage zustimmen würden, der auch nur ein Fota von unser Selbstständigkeit nehmen würde. Der Redner betonte zum Schluß, die Kölner Mitgliebschaft habe sich nicht nach den Städten zu richten, die den Tarif angenommen oder abgelehnt haben, sie sei majoren und habe selbständig ihre Entscheidung zu treffen. Wenn man mit der ganzen wirtschaftlichen Lage nicht zufrieden sei, so trage die Arbeiterschaft selbst einen großen Teil der Schuld; er ermahne die Kollegen zum Denken und zur Vertätigung auch in politischer Hinsicht. Nach noch einigen kürzeren Auseinandersetzungen wurde folgende Resolution Heller-Mojs mit etwa 500 gegen 100 Stimmen angenommen: „Die Mitgliebschaft Köln spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Tarifabmachungen keine zufriedenstellenden sind, erklärt sich aber mit der Resolution des Leipziger Gauvorstandes einverstanden, die besagt, daß man in Anbetracht der Tatsache, daß die Vertreter der Gehilfen ihre Zustimmung bereits zu den Tarifabmachungen gegeben haben, diesen zustimmen müsse, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß auch die hiesige Prinzipalität die Einführung des neuen Tarifes in loyaler Weise handhabt, als dies im Jahre 1902 gescheh, und ferner den Gehilfen, die infolge ihrer technischen Qualifikation bei der Tarifeinführung mehr als 3 Mk. über das jetzige Minimum beziehen, auch eine entsprechende Zulage gewährt wird. Die Versammlung beauftragt den Gehilfenvertreter, auf der nächsten Kreisamtsitzung an der Forderung der Erhöhung des Lokalauschlages für Köln von 12% auf 17% „Vorz. tritt festzuhalten, und hofft, daß die Prinzipale angesichts der wirtschaftlichen Teuerung so viel soziales Verständnis zeigen werden, daß sie dieser berechtigten Forderung zustimmen.“

Köpenick. In einer am 20. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung des Ortsvereins Köpenick-Friedrichshagen kamen u. a. auch die neuen Tarifabmachungen zur Sprache. Nach Erstattung eines ausführlichen Berichtes seitens des Vorsitzenden entspann sich eine lebhafteste Debatte, welche mit der einstimmigen Annahme nachfolgender Resolution endigte: „Die am 20. Oktober in Köpenick tagende Mitgliederversammlung des Ortsvereins Köpenick-Friedrichshagen lehnt den Tarif nebst Organisationsvertrag ab. Die Versammlung fordert neue Verhandlungen, deren Grundlage fünfzehnpromzentige Lohnverhöhung für alle Gehilfen und eine tägliche halbstündige Arbeitszeitverkürzung ist.“

s. Krefeld. Einen schönen Verlauf nahm die am 21. Oktober hier im Vereinslokale abgehaltene, von 230 Kollegen besuchte außerordentliche Bezirksversammlung, in welcher Gehilfenvertreter Klave einen etwa einstündigen Bericht über die Tarifverhandlungen gab. Redner vertrat es in ausgedehnter Weise, das Interesse der Zuhörer bis zum letzten Augenblicke zu fesseln. Seien selbst sie, die Gehilfenvertreter, mit dem Erreichten nicht zufrieden gestellt, um so weniger würde es dann wohl das Gros der Kollegen sein, aber andererseits hätten sie es mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl nicht vereinbaren können, die Verhandlungen abzurufen und den Krieg proklamieren zu müssen. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen zuteil. Die folgende Diskussion bewegte sich denn auch in objektiven, sachlichen Grenzen und wurde nachstehende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die am 21. Oktober in Krefeld im Vereinslokale tagende außerordentliche Bezirksversammlung erklärt sich nach einem vom Gehilfenvertreter Klave erstatteten Referat mit dem Resultate der diesmaligen Tarifberatungen einverstanden und spricht den Gehilfenvertretern für ihre im Interesse der Gehilfen entfaltete aufopferungsvolle Tätigkeit ihren Dank aus.“

Landshut. Eine am 13. Oktober abgehaltene Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit der Stellungnahme zum neuen Tarife. In der Debatte bedauerten einige Redner das geringe Entgegenkommen der Prinzipale in bezug auf die Lohnverhöhung, indem man die letztere nicht allen über Minimum Entlohnerten zuteil werden läßt. Im übrigen aber fanden die Bestimmungen des neuen Tarifes fast einstimmige Annahme. Hiermit ist die in Nr. 126 des „Korr.“ enthaltene Landshuter Notiz richtig gestellt und die dieselben angeführten redaktionelle Bemerkung beantwortet.

Leipzig. (Maschinensekerklub.) Die am 14. Oktober im Restaurant „Gutenberg“ zahlreich besuchte Versammlung beschäftigte sich nach Kenntnisnahme einiger geschäftlicher Angelegenheiten mit dem „neuen Maschinenseker-tarife“. Der Vorsitzende erstattete hierzu ein ausführliches Referat. Ausgehend von dem ersten Tarife im Jahre 1899 leitete er über bis auf die Jetztzeit, gab die außerdeutschen Sechsmaschinenentarife bekannt, erwähnte den Maschinenseker-tarife, die Gauvorsteher- und Gehilfenvertreterkonferenz, modifizierte die „Minimalleistungen“ usw. Was bringe nun der neue Tarif? Statt Verbesserungen Verschlechterungen! Die wenigen Ertragschaften würden mehrfach aufgewogen durch das, was preisgegeben sei. Man könne immer mehr in die Versuchung, anzunehmen, daß die unendlich mühsame Arbeit doch „für die Kack“ gewesen sei. Reicher Beifall lohnte diese mehr als einstuftigen Ausführungen. Die Resolution des Brandenburgischen Maschinensekerentars, welche den Sechsmaschinenentarife ablehnt, wurde gegen vier Stimmen angenommen. Mit einer lokalen Angelegenheit endigte die Versammlung.

Welle. In der am 13. Oktober abgehaltenen Vereinsversammlung des Ortsvereins Wellinghausen bat sich der Vorsitzende Bornemann u. a. auch mit der vom hiesigen

Ortsvereine angenommenen Resolution in Sachen der Tarifrevision und mit dem Votanzuschlag für Melle beschließt. Wir können es nun nicht unterlassen, hierauf eine kleine Berichtigung zu bringen. Zunächst erklärte der Göttinger Bezirksvorsitzende nach Annahme einer Resolution, daß diese sich doch nicht völlig ablehnend den gemachten Zugeständnissen gegenüberstelle, wie dies z. B. in Melle i. H. der Fall sei, wo die Kollegen den ihnen jetzt zustehenden Votanzuschlag von 5 Proz. noch nicht einmal bekommen und den neuen Tarif sozulegen ablehnen. Wir glauben, wer unsre in Nr. 121. des „Korr.“ abgedruckte Resolution gelesen hat, wird eine Ablehnung aus derselben ebensovienig herauszulesen haben wie aus der Göttinger Resolution. In der Hauptsache sind wir mit der Bestimmung unzufrieden, wonach die mit mehr als 3 Mark über Minimum entlohten Kollegen keinen Anspruch auf Lohnerhöhung haben, weil wir hiermit schon bei der Tarifrevision 1901 schlechte Erfahrungen gemacht haben. Im Zusammenhang damit kommen wir gleich auf die erwähnte Votanzuschlagsangelegenheit. Für Melle war 1901 vom Kreisamte ein Votanzuschlag von 5 Proz. festgesetzt. Die hier nur in Betracht kommende Firma F. C. Haag bezahlte die 5 Proz. am 1. Januar 1902 auch anstandslos, jedoch nur unter der Bedingung, daß der für Osabrück festgesetzte Votanzuschlag dort auch bezahlt würde. Die Osabrücker Prinzipale weigerten sich aber, den Votanzuschlag zu bezahlen, und daraufhin wurden uns die 5 Proz. wieder entzogen. Alles Protestieren dagegen half nichts. Wir sahen uns daher veranlaßt, auf dem vorgeschriebenen Instanzenwege zu unserm Rechte zu kommen und wandten uns deshalb unter Darlegung des Sachverhaltes an unsern Kreisvertreter in Hannover. Nach einigen Tagen erhielten wir von dort die Nachricht, wir sollten sehen, was sich in Güte erreichen ließe. Es blieb uns also weiter nichts übrig, als den Rat des Kreisvertreters zu befolgen und mußten schließlich, da in Güte nichts zu erreichen war, den Votanzuschlag fallen lassen, da die Firma F. C. Haag erklärte, falls wir auf demselben beständen, könne sie den mit mehr als 3 Mark über Minimum entlohten Gehilfen, welche kein tarifliches Anrecht auf Lohnerhöhung hatten, keine Zulage gewähren. Dies sind eben die Folgen davon, wenn eine Gruppe von Gehilfen auf die Gnade oder Ungnade ihrer Prinzipale angewiesen ist. Wir glauben, wenn Kollege Bortemann den oben geschilderten wahren Sachverhalt gerührt hätte, würde er Melle wohl aus dem Spiele gelassen haben. Uebrigens sollte man meinen, daß derselbe als Bezirksvorsitzender Kenntnis davon hätte, daß es für Melle keinen Votanzuschlag gibt, da dies seinerzeit bekannt gemacht worden ist.

Der Vorstand des Ortsvereins Melle.
Bezirk Meisse. Am 14. Oktober wurde in Meisse im „Hotel Schleißer Hof“ die zweite diesjährige Bezirksversammlung abgehalten. Kollege Müller Meisse leitete dieselbe und begrüßte alle Anwesenden, speziell den Gauvorsteher Fiedler Breslau. Die Präzisenliste ergab die Anwesenheit von 84 Mitgliefern. Aus dem Vorstandsbereiche pro erstes und zweites Quartal ist zu entnehmen, daß besonders die Druckerei Oppeln und Neustadt (O.-Schl.) viel zu wünschen übrig ließen. In Oppeln mußte ein Kollege seine Tätigkeit für bessere Zustände in dortigen Druckereien mit seiner Stellung begahen, welche er vierzehn Jahre innehatte. Ueber Neustadt verlas der Vorsitzende einen Brief eines Kollegen aus Rattowitz, welcher nach seinen Angaben die Verhältnisse genau kennt, und aus welchem ersichtlich, daß dort die Gewerbeordnung speziell in den Druckereien andere Auslegung findet. Von Tarif überhaupt keine Spur. Auf diesen Brief erklärte der Vorsitzende, unter „Verschiedenes“ noch näher eingehen zu wollen. Hierauf erstattete Gauvorsteher Fiedler in etwa zweifelhafte Ausführungen Bericht über die diesjährige Tarifrevision. An der Hand des Tarifes legte er die wichtigsten Bestimmungen derselben dar und bemerkte gleichzeitig, daß ja alle Wünsche nicht Berücksichtigung finden konnten, aber im großen und ganzen wesentliche Vorteile erreicht worden sind. Alsdann vermahnte er sich ganz energisch dagegen, daß der Verband in sozialdemokratischer Fahrwasser fahre, welche von Gegnern in Unwissenheit der Verhältnisse in die Welt posamt werde, um eine Zersplitterung in „Sonderorganisationen“ zu erreichen. Besseres Beispiel lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Kollegenchaft mit dem neuen Tarife einverstanden und verurteilte alle Quertreibereien, die dagegen angestellt werden. Nach der Mittagspause wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und als Det der nächsten Zusammenkunft Krieg gewählt. Unter „Verschiedenes“ ging der Vorsitzende noch näher auf den Rattowitzer Brief ein und machte der Versammlung Mitteilung von den Erkundigungen, welche von dort eingezogen wurden. Wenn auch nicht alles bis auf das Lippert überm i mit dem Briefe übereinstimmt, so sind doch dort merkwürdige Zustände vorhanden. Speziell eine Klauerei mit einem Untergewindler, welcher in der Zentrumszeitung „Neustädter Zeitung“ konditioniert, liefert Beweise, daß vieles „nicht in Ordnung“ ist. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die gut verlaufene Versammlung.

Neustadt a. Sdt. In der am 21. Oktober abgehaltenen Bezirksversammlung sprachen sich fast alle Redner gegen den neuen Tarif aus, und zwar wegen der Einführung des Berechnens an der Sechsmaschine und anderen Verschlechterungen. Eine Abstimmung wurde jedoch verschoben, um vorerst das Referat des Kreisvertreters kenne noch zu hören, welcher sein Erscheinen in nächster Zeit in Aussicht stellte.

Pirna. In der Versammlung vom 20. Oktober erfaßte folgende Resolution einstimmige Annahme: „Nach einer Ansprache über die Ergebnisse der Tarifausschussung spricht sich die Mitgliedschaft Pirna trotz einiger Bedenken für Annahme der gefassten Beschlüsse aus in der sichern Erwartung, daß auch den mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohten Kollegen eine entsprechende Lohnerhöhung zuteil werde. Ferner erachtet die Mitgliedschaft in Anbetracht der hierorts herrschenden, fast großstädtischen Wohnungs- und überaus teuren Lebensverhältnisse eine Erhöhung des Votanzuschlags für unumgänglich.“

p. Rendsburg. In einer am 20. Oktober abgehaltenen Versammlung ließ sich die hiesige Mitgliedschaft von ihrem nach Kiel entsandten Vertreter einen Bericht über das Referat des Gehilfenkreisvertreters Demuth aus Hamburg von den Tarifverhandlungen in Berlin geben und nahm dann in längerer Diskussion selbst Stellung zu dem neuen Tarife. Wenn derselbe auch weit hinter den Erwartungen zurückblieb, so fand doch zuletzt folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 20. Oktober in Stadt Hamburg versammelten Verbandsmitglieder stimmen trotz erheblicher Bedenken den Beschlüssen des Tarifausschusses zu. Die Versammlung erwartet aber mit Bestimmtheit, daß die Prinzipale die beschlossene Lohnerhöhung allen Kollegen zuteil werden lassen und erwartet ferner, daß durch eine Erhöhung des Votanzuschlags für Rendsburg ein Ausgleich in der erhöhten Lebenshaltung stattfindet.“

Mühlroth. Am 13. Oktober feierte der Ortsverein das fünfundsingzigjährige Verbandsjubiläum des Kollegen Korbmacher. Zu dieser Feier hatten sich zahlreiche Kollegen eingefunden, auch der Bezirksvorstand war anwesend. Kollege Schöck aus Oberhausen feierte den Jubiläum durch eine entsprechende Ansprache. Der Jubilar wurde beschenkt und die Feier verlief in äußerst gemüthlicher Weise.

f. Saarbrücken-St. Johann. Am 21. Oktober fand in Böllingen die Herbstbezirksversammlung des Bezirks Saarbrücken statt. Einziger Punkt der Tagesordnung war: „Bericht resp. Stellungnahme zum Tarife.“ In großer Zahl waren Kollegen erschienen aus St. Johann, Saarbrücken, Sulzbach, Neunkirchen, St. Ingbert, Oberstein, Ibar, Caullouis, Dillingen, Merzig und Böllingen. An Stelle des verhinderten Gehilfenvertreters für den Kreis II hatte unser Gauvorsteher Fuhs die Lebenswürdigkeit, das Referat zu übernehmen. In über einstündigem Vortrage erläuterte Redner mit der ihm eignen klaren Weise die Verhandlungen des Tarifausschusses, ausgehend von den Sparten und schließlich mit den allgemeinen Bestimmungen des neuen Tarifes und dem Organisationsvertrage. Kollege Fuhs erluchte die Versammlung, sich mit dem neuen Tarife einverstanden zu erklären. Seien auch nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gegangen, so könne man dem Erreichten, das uns ohne Kampf geworden, doch die Zustimmung nicht verweigern. Gerade die Gehilfschaft des Saarreviers sollte sich nicht ablehnend verhalten, weil von hier aus der Anstoß ergangen sei zur Gründung des Tilscheisen Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckergewerbe. In diesem Arbeitgeberverbande fanden sich die Schafmacher unser Gewerbes zusammen, was zur Evidenz dadurch erwiesen werde, daß ihr erster Akt die Gründung einer Kasse gegen Streikschäden gewesen sei. Allerdings müsse auch darauf hingewiesen werden, daß in jenem Verbands sich neben ganz vereinzelten Ausnahmen nur Kleindruckermeister befänden. Das Prinzip dieses Arbeitgeberverbandes sei es, allein zu bestimmen und die Gehilfschaft bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszusprechen, also der kräftigste Herrenstandpunkt. Bleibe die Gehilfschaft einig, so würden die Zersplitterungsverfuge der Schafmacherklique eben an dieser Einigkeit traglos zerfallen. Aber noch aus einem andern Grunde, so führte Kollege Fuhs aus, sei er heute hierher gekommen, und das sei ein neuer Vorstoß des Kaplans Dasbach. Herr Dasbach habe erklärt, daß er den Tarif wegen des Organisationsvertrages nicht anerkennen werde. Dasbach trage sich im Vereine mit Hausen & Co., Reismann-Grove usw. mit der Wösch, Hausstassen zu gründen, die dasbelle leisten sollten wie die Massen des Verbandes. Derselbe Dasbach, der in seiner gesamten Presse stets für Organisation, namentlich der Bergarbeiter, eintritt und vor allem die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gewahrt wissen will, betreibt im Bereiche seines Geschäftes gerade das Gegenteil. Während die Mehrheit seines Personals ihm eine scharfe Losage erteilt hat, ist dies bei einzelnen nicht der Fall; wieder ein kleines Häuflein wünscht Uebergangs- resp. Ausnahmestimmungen, die es ihm erlaube, auch als Verbandsmitglied weiter bei Dasbach bleiben zu können. Kollege Fuhs erluchte die Mitglieder der Dasbachschen Druckereien, alle Bestrebungen nach Zersplitterung energisch abzuweisen. Ob sich Uebergangsbestimmungen schaffen ließen, könne er nicht sagen; er stehe aber auf dem Standpunkte, daß dies geschehen solle. Die sich an den Vortrage anschließende Diskussion schlug hohe Wellen der Erregung. Daß sich Mitglieder des Verbandes so weit hinreißten lassen, kann einen nur mit tiefster Beschämung erfüllen. Das „Einer für alle, alle für einen,“ scheint bei manchen Kollegen längst über Bord geworfen zu sein. Ein Antrag eines bei Dasbach Beschäftigten, den Organisationsvertrag abzulehnen, fiel einstimmig unter den Tisch. Zu dem Vorgehen Dasbachs wurde noch hervorgehoben, daß es geradezu Aufhebung der Freizügigkeit bedeute; denn gehe ein Arbeiter von ihm fort oder werde entlassen, dann habe er einfach gar nichts. Nach mehr als dreifündiger Tagung wurde zum neuen Tarife folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 21. Oktober in Böllingen tagende, aus allen

Druckorten des Bezirksvereins Saarbrücken sehr zahlreich besuchte Bezirksversammlung erklärt sich nach reiflicher Ausprache im großen und ganzen mit den Tarifabmachungen und dem Organisationsvertrage einverstanden. Die Versammlung ist jedoch der Ueberzeugung, daß den berechtigten Forderungen der Gehilfschaft seitens der Prinzipalsmitglieder des Tarifausschusses, namentlich mit Rücksicht auf die ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung und der fünfjährigen Dauer des Tarifes, nicht entgegen zu werden. Von dem Gerechtigkeitsgefühl der Prinzipale erwartet die Versammlung, daß sie auch den mit über 3 Mk. über das Minimum entlohten Gehilfen die zehnprozentige Lohnaufbesserung gewähren wird. Ferner erwartet die Versammlung, daß seitens des Kreisamtes eine Erhöhung resp. Neueinführung der Votanzuschläge eintritt.“ Es wurde noch mitgeteilt, daß der Prinzipalsbezirksverein beschloffen habe, bei der Tarifrevision wohlwollendes Entgegenkommen zu zeigen, d. h. allgemeine Lohnerhöhung einzuführen. Nachdem die Kollegen ermahnt worden, auch ferner treu und fest zusammenzuhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

d-g. Bezirk Sangerhausen. Unse diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 14. Oktober in Nordhausen statt. Besucht war dieselbe von 55 Kollegen aus den Orten Sangerhausen, Nordhausen, Artern, Weicherode. Bezirksleiter Schulze-Sangerhausen eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung der Anwesenden, speziell des erschienenen Gauvorstehers Hallupp-Halle. Hierauf erstattete Bezirksleiter Schulze-Sangerhausen seinen Bericht, der sich hauptsächlich auf die Tarifverhandlungen erstreckte. Derselben sind im Laufe des letzten halben Jahres wesentlich bessere geworden. Eine besondere Berichterstattung der einzelnen Vertrauensleute wurde abgelehnt; es wurden nur die arger Mißstände in Weicherode allgemein einer scharfen Kritik unterzogen. Nach ziemlich ausgedehnter Debatte und nach einem Schlußworte des Bezirksleiters Schulze-Sangerhausen wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen. Es erhielt nunmehr das Wort zu seinem Referate: „Die Tarifverhandlungen in Berlin“, Gauvorsteher Hallupp. In etwa dreiviertelstündiger Rede verbreitete sich Referent über die einzelnen Teile des neuen Tarifes. An das Referat schloß sich eine lebhaftere Diskussion. Von allen Rednern wurde das Erreichte als nicht genügend bewertet. Nach langer Auseinandersetzung wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 14. Oktober in Nordhausen tagende Bezirksversammlung des Bezirks Sangerhausen erklärt sich mit den seitens der Prinzipals- und Gehilfenvertreter gepflogenen Verhandlungen speziell mit der zehnprozentigen Lohnerhöhung einverstanden, jedoch ist für Nordhausen und Sangerhausen in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse ein Votanzuschlag von 5 Proz. unbedingt erforderlich.“ Sodann wurde ein Antrag Nordhausen, den Bezirk Sangerhausen umzuwandern in Bezirk Nordhausen mit Vorort Nordhausen, mit knapper Mehrheit angenommen. Nachdem für die nächstjährige Frühjahrssitzungsversammlung Sangerhausen als Tagungsort gewählt, wurde die Versammlung durch den Bezirksleiter Schulze-Sangerhausen mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Wir wollen nicht unterlassen, den Nordhausener Kollegen für die freundliche Aufnahme unsern Dank auszusprechen.

Schwerin i. M. Der hiesige Ortsverein „Typographia“ hielt am 17. Oktober eine auch von Mitgliedern aus Wismar und Güstrow besuchte außerordentliche Versammlung ab. Nach einem fast leifühnigen Referate des Gehilfenvertreters des Kreises I (Nord) A. Demuth-Hamburg über die kürzlich in Berlin abgehaltenen Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker gab die stark besuchte Versammlung ihrer Zustimmung zu den getroffenen neuen Vereinbarungen durch Annahme nachstehender Resolution Ausdruck: „Die heute in Schwerin tagende, auch von Kollegen aus Wismar und Güstrow besuchte Versammlung erklärt sich nach Entgegennahme des Berichtes des Gehilfenvertreters, Kollegen A. Demuth, mit dem durch die diesmalige Tarifrevision Erreichten einverstanden. Insonderheit erachtet sie auch den Organisationsvertrag dazu angetan, für die Zukunft eine Besserung und Festigung der gewerblichen Verhältnisse zu verhüten. Indem die Versammlung den Gehilfenvertretern für ihre Tätigkeit in diesem Sinne ihren Dank ausdrückt, verpflichtet sie sich zugleich, zur gegebenen Zeit für die strikte Durchführung des beschlossenen einzutreten und erwartet mit Bestimmtheit, daß die Prinzipale auch allen denen die Lohnerhöhung zuteil werden lassen, die durch die beschlossenen Bestimmungen nicht zwingend getroffen werden.“

Spandau. Mit den zwischen unseren Gehilfen- und den Prinzipalsvertretern in Berlin gepflogenen Verhandlungen beschäftigte sich am 16. Oktober eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die stark besucht war. Kollege Jandt referierte über die springendsten Punkte des neuen Tarifes und gelangte zu dem Ergebnisse, daß letzterer für uns Gehilfen unannehmbar sei. In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus und somit gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Spandau erklärt nach ausführlichem Referate des Kollegen Jandt, daß sie es für ihrer unwürdig hält, sich noch weiter mit einem derartigen, den heutigen Neuverhältnissen nicht entsprechenden Tarife sowie dem die Bewegungsfreiheit des Verbandes unterbindenden Organisationsvertrage zu befassen. Im übrigen erklärt sich die Versammlung mit der Resolution Berlins (noch-

malige Verhandlung, event. Einberufung einer Außerordentlichen Generalversammlung) einverstanden und verpflichtet sich, ihr alles daran zu setzen, um ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen."

Speier. Am 20. Oktober wurde die übliche Monatsversammlung abgehalten, welche sich in der Hauptsache mit dem neuen Tarife beschäftigte. Der Vorsitzende Hoffmann beschäftigte sich mit der Tarifgemeinschaft, gab einen Ueberblick über dieselbe und stellte sodann den Punkt zur Diskussion, wozu bemerkt wurde, daß man sich in ruhiger und sachlicher Weise ausdrücken möge. Nach genügender Aussprache wurde dann von seiten der Versammlung folgende Resolution angenommen: "Die heutige Versammlung nimmt den Tarif an, spricht aber jedoch das Bedauern aus, daß den jetzigen Verhältnissen nicht entsprochen worden ist, hofft jedoch, daß bei der demnächst abzuhaltenden Beratung der Lokalzuschläge die beantragte Erhöhung berücksichtigt wird."

Trier. Am 13. Oktober besaßte sich die Mitgliederversammlung mit den neuen Tarifabmachungen. Nach überaus heftiger Kritik, besonders über die Ungünstigkeit der Erhöhung der Grundpositionen und die nur geringfügige Arbeitszeitverkürzung, wurde die Abstimmung ausgesetzt, um in einer Versammlung aller tarifstreuen Gehilfen, welche gleichzeitig zur Lokalzuschlagsfrage Stellung nehmen sollte, einen Beschluß herbeizuführen. — In der Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung am 21. Oktober, zu welcher sich die tarifstreuen Gehilfen Triers fast vollständig eingefunden hatten, wurde nach längerer Diskussion mit übergroßer Stimmenmehrheit folgender Resolution zugestimmt: "Die am 21. Oktober im 'Goldenen Brunnen' versammelten tarifstreuen Gehilfen Triers erklären sich mit den getroffenen Vereinbarungen nach Lage der Verhältnisse einverstanden, erwarten jedoch, daß die zehnprozentige Lohnerhöhung allen Gehilfen ohne Ausnahme gewährt wird. Die Versammlung bedauert sehr, daß es den Gehilfenvertretern nicht möglich war, eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu erringen." Sodann wurde mit überwältigender Mehrheit einem Antrage auf Erhöhung des Lokalzuschlags auf 10 Proz. zugestimmt, welcher in Anbetracht der hiesigen teuren Lebensverhältnisse als eine den Umständen nach befriedigende Forderung anzusehen ist, und hofft die Versammlung zuversichtlich, daß das Kreisamt derselben Rechnung tragen wird. Nach Besprechung einiger lokaler Vorkommnisse, worunter besonders der Aufzug des neugegründeten Scharfmacherverbandes und seine Veröffentlichung in der "Trierischen Landeszeitung" des Abgeordneten Dasbach die ihm gebührende Würdigung erfährt, und einem Appell an die anwesenden Nichtmitglieder, wurde die erhebend verlaufene Versammlung geschlossen.

Willingen (Waben). In der am 21. Oktober abgehaltenen Versammlung des hiesigen Ortsvereins stimmte dieselbe dem neuen Tarife zu und gab dies in einer diesbezüglichen Resolution, in welcher u. a. die Billigung eines Lokalzuschlags für Willingen als Kür- und Fremdenort erwartet wird, zum Ausdruck. Bewundernswürdig haben die Kollegen im Schwarzwalde auch unter der Schmutzfonturzen der Prinzipale in verschiedenen Orten bis zum Wodensee zu leiden und wäre die Beseitigung dieses Mißstandes mit Inkrafttreten des neuen Tarifes sehr zu wünschen.

Witzburg. (Maschinenmeister-Versammlung.) Die am 13. Oktober abgehaltene, gut besuchte Versammlung, die sich größtenteils mit unserm neuen Tarife befaßte, endete mit der Annahme folgender Resolution: "Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Abmachungen der Druckervertreter bei der Tarifrevision vollständig einverstanden, bedauert aber, daß betreffs der Lehrlingsfrage kein günstigeres Entgegenkommen seitens der Prinzipale erzielt werden konnte, spricht aber gleichzeitig den Druckervertretern den Dank aus."

Rundschau.

Wieder einer von den Alten! Am 8. Oktober wurde ein Kollege aus dem Leben abgerufen, dessen hier zu gedenken nichts mehr als Pflicht ist. Emil Dörr, ein alter Buchdrucker-Veteran, weit über die Grenzen des Hessenlandes beliebt und geachtet, hat im Alter von 72 Jahren die Augen für immer geschlossen. Recht taktlos war es von seinen Angehörigen, daß die Gießener Buchdruckerschaft erst am 29. Oktober Kunde von dem Ableben erhielt. Dörr verlebte die letzten Jahre als Segevinvalid in dem Kreisstädtchen Schöthen. Dort wurde er wie ein Verschollener zu Grabe gebracht, und war es seinen Kollegen nicht einmal vergönnt, ihm die wohlverdiente letzte Ehrengabe zukommen zu lassen. Lange Jahre konditionierte er in der damals weltbekanntesten Kellerschen Offizin, trat dann in die Brühlische Universitätsdruckerei ein und stand hier der Stelle als Zeitungsmetteur vor. Der Verstorbene hat eine vielseitige Vergangenheit in der Buchdrucker-Geschichte hinter sich. Ganz besonders tätig an der Gründung des Mittelrheinischen Verbandes (1856) wurde er 1865 als Delegierter nach Frankfurt sowie 1869 nach Darmstadt entsandt. 1868 erfolgte der Uebertritt in unsern Verband und 1877 wurde er zum Kassierer des damaligen Gau Hessen gewählt. Im Jahre 1879 vertrat er diesen Gau auf der Generalversammlung in Hannover. Bis zu seinem Abgange vom Beruf war er längere Jahre in unserm Bezirke als Vorsitzender und Kassierer tätig. Die Typographie Gießen ließ es sich angelegen sein, die Verdienste des Mitgliebers anläßlich ihres 25jährigen Bestehens im Jahre 1893 gebührend zu feiern. Alle, die Fühlung mit diesem lieben Kollegen hatten, werden ihm ein dauerndes Gedenken bewahren. Möge ihm die Erde leicht sein!

Die "Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" erklärt, daß sie das in Nr. 124 des "Korr." reproduzierte günstige Urteil über unsern neuen Tarifvertrag abgegeben habe, bevor ihr der Wortlaut der Tarifvereinbarungen bekannt war. Wir nehmen davon Kenntnis mit dem Bemerkten, daß die Parteikorrespondenz eine spezielle Stellungnahme jetzt unterläßt.

Die tariflichen Lohnerhöhungen schon jetzt eingeführt hat die Buchdrucker-Vereinigung Meyer (Nachfeierabend) in Leipzig. 27 Verbandsmitglieder erhielten eine teilweise bis zu 5 Mk. hinaufgehende Aufbesserung; auch sieben Kollegen, die 33 Mk. Lohn und darüber hatten, also von Tarif wegen keine Ansprüche erheben konnten, erhielten Zulagen von 3 Mk. und mehr. Das männliche Hilfspersonal und die Markthelfer betamen ebenfalls Aufbesserungen.

"Sind Sie hebefinnlich oder jesuSgeistig?" Diese, so sagen wir einmal gelinde verhöbene Frage richtete ein Prinzipal mit Namen Hans Hillers in Hamburg an einen in der Fachpresse konditionssuchenden Kollegen. Mit diesem einen starken Stiche ins Fromme läßt es aber der gute Herr Hillers nicht bewenden, sondern setzte mit der Vorermunterung „1. Petri 3, 4" seiner Offerte quasi ein Motto voran. Da die Bibel in der Redaktion eines Gewerkschaftsblattes nun sicher keine Notwendigkeit ist, fintelmalen die Gewerkschaftsbewegung ein Evangelium für sich ist und mit den vorhandenen Religionsgemeinschaften feinerlei Beziehungen hat, so waren wir genötigt, bei besseren Menschen, als wir es sein können, eine Anleihe zu machen. Und siehe da, das nur angebotene Motto handelt von dem richtigen ChristenSchmude: "(3. Jhr Schmud soll nicht auswendig sein mit Haarflechten und Goldumhängen oder Kleideranlegen), 4. sondern der verborgene Mensch des Herzens unverrüdt mit sanftem und füllem Geiste. Das ist köstlich vor Gott." Herr Hans Hillers ist bei der Suche nach ihm geistesverwandten Gehilfen ein großer Vorsichtsrat, der Bewerber muß sich persönlich bei ihm vorstellen, damit er genau erfährt, weß Geistes Kind er sich anvertraut. Wir glauben, auf ein so pubelnährliches Angebot reagiert kein Kollege, bei dem im Oberflüchigen noch alles in Ordnung ist. Aber nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch deshalb wesentlichen Umstandes halber, weil Hiller selbst ein Freund von auswendigem Schmude ist, denn im Tarifverzeichnis vermochten wir ihn nicht zu entdecken! Jedemfalls werden die Gehilfen von Hillers für die ihm dießige Einbuße mit einem Sichtwechsel auf ein besseres Jenseits abgepeift.

Ueber ein Gewerbegerichtsurteil aus Erfurt, das die Frage der Berechtigung zur sofortigen Entlassung behandelt, kann die "Buchdruckerwoche" berichten: In einer größeren Buchdrucker-Erfurts benahm sich ein Maschinenseher insofern recht ungebührlich gegen den "aufstrebenden Faktor, als er diesem zurief: 'Seheren: Sie sich hier von der Maschine fort, Sie verstehen ja doch nichts davon.' Auf Grund dieser ungebührlichen Äußerung wurde der Seher sofort entlassen und ihm auch der Lohn für die übliche Kündigungszeit vorenthalten. Mit dieser Maßregelung unzufrieden, strengte der Seher Klage an, und das Gericht verurteilte den Prinzipal zur Auszahlung des Lohnes für 14 Tage unter der Begründung, daß die Äußerungen des Klägers wohl eine grobe Ungebührigkeit darstellten, nicht aber eine Verleumdung, die die sofortige Entlassung rechtfertigte.

Aus Anlaß der Einführung der Buchdrucker-Kunst in Stadt und Herzogtum Braunschweig vor 400 Jahren wird in den Räumen des städtischen Museums in Braunschweig eine graphische Ausstellung veranstaltet werden.

Ein planmäßiges allgemeines Vorgehen zur Erhöhung der Druckpreise hat in der vorigen Woche der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins auf einer besondern Tagung in Leipzig in die Wege geleitet. Die hehrwürdigen staatlichen Druckereien in Preußen sollten nach den von einer Sachverständigen-Kommission des Deutschen Buchdruckervereins aufgestellten Einheitspreisen befaßt werden. Im Juli diesen Jahres erfolgte darauf vom Finanzministerium eine abschlägige Antwort. Das genannte Ministerium stellte sich, wie wir der "Papierzeitung" entnehmen, darin auf den Standpunkt, daß die in der eingereichten Aufstellung geforderten Preise "gegenüber den von anderen Staatsverwaltungen tatsächlich gezahlten und bisher nicht als unlohndend oder unzureichend betrachteten Preisen außerordentlich hoch" erschienen. Die Aufstellung könne daher als geeignete Grundlage zu einer Vertikalisierung über die für die Herstellung von Druckfachen zu gewährenden Preise nicht angesehen werden, und die Regierung behalte sich vor, jedesmal beim Abschluß neuer Verträge mit den einzelnen Firmen eine Vereinbarung über die Preisbemessung herbeizuführen. Darauf versuchte der Deutsche Buchdruckerverein in einer Eingabe im August die gemachten Einwendungen zu widerlegen und erbot sich, eine Vorordnung zwecks mündlicher Klarlegung zu entsenden. Hierauf ist nun neuerdings der Bescheid ergangen, daß der Finanzminister an dem ursprünglichen Bescheide festhalten will und mündliche Auseinandersetzung für zwecklos hält. Wie weiter bekannt geworden ist, sollen die Regierungen angewiesen sein, sich mit ihrem Druckfachenbedarfe nicht über den 1. April 1907 hinaus festzulegen. Ob damit eine Ueberführung des Formulardruckes an die Reichsdruckerei beabsichtigt ist, kann nur als Vermutung gelten; jedenfalls aber ist die Stellungnahme der Regierung Preußen-Deutschlands, die bei der Tippelstreicherei so wenig zugeknöpft war, eine dem Vorgehen des Prinzipalsvereins wenig günstige.

Einen Metallsteuerzuschlag führten vom 1. November ab die 39 der Vereinigung der Schriftgießereien Deutschlands angehörenden Firmen ein. Begründet wurde diese Maßnahme mit der andauernden Steigerung der Rohmetallpreise, die sich ja nicht bestreitet läßt. In Zukunft wird also der Kilopreis für Schriften, Einfassungen, Zeichen u. a. um 40 Pf., für blindes Material um 30 Pf., für Messinglinien um 50 Pf. erhöht werden. Andererseits wird auch für Zeug eine höhere Vergütung gewährt; sie beträgt für Schriftzeug das doppelte (80 Pf. pro Kilo), für Ausschlag dergleichen (60 Pf.) und für alte Messinglinien 1 Mk., statt 70 Pf. bis jetzt. Wenn es den Buchdruckprinzipalen möglich wäre, in derselben Geschlossenheit die Tarifverhandlungen herbeizubringen, dann wäre viel gewonnen, auch für uns Gehilfen. Indes 39 Schriftgießereien und 6000 Druckerien ist ein Unterschied, über den nicht so leicht hinweg zu kommen ist.

Bei der Aktiengesellschaft "Schwarzwälder Bote" in Oberndorf a. N. hat sich im letzten Geschäftsjahre das Aktienkapital mit 73,83 Proz. verzinst. Wieviel Dividende in Wirklichkeit verteilt wurde, geht aus unser Quelle nicht hervor. Dieser ganz außerordentlichen Ertragsfähigkeit des "Schwarzwälder Bote" kommt nur noch die "Leipziger Volkszeitung" nahe.

Der Inzeratentrieg der Sebmashinenfabriken tobt weiter im Anzeigenteile der Fachpresse. Sinotype- und Monolinegesellschaft liegen sich mächtig in den Haaren. Letztere hat es gut verstanden, das Respekulum mit ihren zweifelhafte Rentabilitätsberechnungen inzeraten zu täuschen, weil sie denselben einen reaktionellen Anstrich gab. Die Mergenthalergesellschaft ist natürlich darüber nichts weniger als entzückt, und so wimmelt es denn seit den Tarifverhandlungen von Erklärungen und Gegen-erklärungen in der Fachpresse, so daß schließlich der Zweck, Kaufstufte noch geeigneter zu machen zu Bestellungen, verpufft, was den lachenden Dritten, in diesem Falle die Gehilfen, nur befriedigen kann.

Ein äußerst schweres Urteil traf den Herausgeber und Drucker des in Leipzig erscheinenden Wochenblattes. Weil der Beklagte die Zustände in einem kleinen Seebade zügte, wurde er mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Da der Beurteilte noch ein Anfänger ist, trifft ihn diese sehr harte Strafe doppelt empfindlich.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Königsberg wurden 7220 Stimmen abgegeben. Es erhielten die zentralorganisierten freien Gewerkschaften 6164 Stimmen und 20 Mandate, die "nichtsozialdemokratischen Arbeiter" 779 Stimmen und 2 Mandate, die Lokallisten 145 Stimmen und keine Mandate, die übrigen Stimmen wurden für ungültig erklärt.

In Minden i. W. wurde von den organisierten Arbeitern beschlossen, einen Gewerkschaftssekretär, am 1. Januar 1907 anzustellen. Der Posten ist bereits besetzt.

Der Erlaß eines Inhaltsbefehles gegen die Boykottierung der Brauereibrauerei Ocherleben ist vom Landgerichte in Hannover abgewiesen worden. Der Antrag war gegen den Vorsitzenden des Brauereiverbandes gerichtet, obwohl dieser mit der Sache gar nichts zu tun hatte. Für jede Kundgebung gegen die Brauerei sollten 1000 Mk. Strafe bezahlt werden.

Eine einstweilige Verfügung befaßtigt hat dagegen die fünfte Breslauer Zivilkammer in Sachen des Boykottes gegen Breslauer Bäckerien. In diesem Falle wurde auf 300 Mk. Strafe für jede "Uebertretung" erkannt, denn das Vorgehen der Bäckergehilfen wurde auf einmal nicht als eine Verbesserung der Lohnverhältnisse im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung angesehen, sondern als eine Störung des freien Gewerbebetriebes und als ein Verstoß gegen die guten Sitten. Damit war dann der bekannte Boykottentseid des Reichsgerichtes glücklich umgangen. Das ist nun einseitiges Recht in Deutschland!

Der Streikbrecherschutz führt immer mehr zur Herabminderung des Ansehens der deutschen Justiz. Selbst in den Fällen, wo über die von Arbeitswilligen begangenen rechtlichen Verstöße kein Mensch im Zweifel ist, senkt sich die Sphäre der Gerechtigkeitgöttin nicht zu ungunsten der Streikbrecher. In Nürnberg hat diese Beobachtung wieder einen Fall mehr zu verzeichnen. Ein Arbeiter mißhandelte ein auf der Strafe spielendes Kind. Eine ältere Frau, ein junges Mädchen sowie ein Mann intervenierten zum Schutze des Kindes. Daraufhin regalierten die an einem Neubau beschäftigten Streikbrecher die betreffenden Personen mit den unfähigsten Schimpfwörtern; diese antworteten mit dem Zurufe Streikbrecher. Was man in diesem Falle für einfach unmöglich halten sollte; die von den Arbeitswilligen beleidigten Personen erhielten eine Anklage wegen Streikvergehens! Und was noch schlimmer: sie wurden auch verurteilt! Das Gericht nahm zwar als erwiesen an, daß die Streikbrecher zuerst geschimpft hätten, das sei aber kein Anlaß gewesen, die Streikbrecher zu nennen, denn dieses Wort habe nur den Zweck gehabt, sie zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen! Die Frau wurde zu drei, das junge Mädchen zu acht und ein Mann ebenfalls zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Und das von Rechts wegen?

Die bekannte Streitfrage: Handwerk oder Fabrik? ist bisher bald im Verwaltungsstreitverfahren, bald durch die höheren Verwaltungsbehörden entschieden worden, und zwar häufig nach sehr verschiedenen Gesichtspunkten. Nun beabsichtigt die Regierung, in Zukunft die Entscheidung nur immer von einer einheitlichen Instanz treffen zu lassen. Als diese Instanz soll das Reichsamt des Innern

in Betracht kommen, das in einem besondern Degernat diese Frage bereits bearbeitet und Vorschläge zu ihrer Regelung entgegennimmt.

Die Former und Gießer in Düsseldorf sollen, wenn es nach dem Willen von 24 der größten Firmen in der Metallindustrie ginge, der Freizügigkeit verlustig gehen. Die Metallindustriellen haben nämlich einen Ring gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichten, niemand von dieser Arbeiterkategorie innerhalb dreier Monate nach freiwilliger oder gezwungenem Geschäftsausstritte in Arbeit zu nehmen. Hoffentlich wird aber den Metallindustriellen Düsseldorf auf diese freie Annahme die richtige Antwort zuteil. — In Mannheim wurden die freiorганиerten Gipser und Stukkateure ausgesperrt. Die Unternehmer wollen in christlich-organisierten Arbeitern sich ein Gegengewicht schaffen. — Einige große Textilfabriken in Württemberg und Baden haben den Feiertag eingestrichelt, im bayerischen Schwaben ist dagegen teilweise wieder der Feiertag in dieser Industrie zur Einführung gelangt. — In Holzhausen bei Pyrmont streikten die Tabakarbeiter wegen abgeflagener Lohnerbhöhung. — Zwecks Abstellung von Mißständen und wegen Mafregelung von Kollegen, die in einer Versammlung darüber gesprochen, richteten die Straßenbahner (Wagenführer) in Erfurt ihre Kündigung ein. — Die Petroleumkutscher in Hamburg sollten auf Vorschlag ihrer Organisationsleitung in den Zustand treten bezugs Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da einzelne Firmen aber Feuerungsanlagen bewilligt hatten, verhielten sich die Petroleumkutscher zu dem Vorschlage ablehnend. — Die Ausperrung bzw. der Streik der Fischer in Lübeck dauert fort. Die vor dem Einigungsamte geführten Verhandlungen zerschlugen sich, weil wohl die Arbeiter, nicht aber die Arbeitgeber Konzessionen machen wollten. — Die Leipziger Metallformer und Gießerarbeiter haben bei den in Betracht kommenden Firmen einen Tarif auf freibleibendem Wege durchgedrückt mit der neunstündigen Arbeitszeit und Minimallohn. Bei den noch ausstehenden Firmen hofft man auch ohne Streik zum Ziele zu gelangen. — Die Hochseffischer in Geseftmünde haben nach kurzem Kampfe einen annehmbaren Tarif erreicht, auch im Obegebiete (Hamburg-Altona) war diese Arbeiterkraft siegreich. — Die Offenbacher Metallarbeiter haben die neunstündige Arbeitszeit und eine Lohnerbhöhung von 2 bis 3 Pf. für die in festem Lohne Stehenden erreicht. Die Aufbesserung ungenügender Vorkorbühne wurde nur zugefagt. — Nach einer Dauer von 24 Wochen ist der Ausstand der Bauarbeiter in Gotha durch Zugeständnisse der Bauunternehmer beendet worden.

Die englischen Schiffsbauer in der Teesbucht streiken (11000 Mann), weil ihnen 25prozentige Lohn-erhöhung zugemutet wurde. Am Clyde dehnt sich der Kampf derselben Arbeitergruppe immer mehr aus. Ad daß die Arbeitgeber die Ausperrung der Reffelschmiede ufr. angekündigt haben. Es würden davon etwa 40000 Mann betroffen werden. — Auf zehn Kohlengruben in Wales stellten die Vergleute die Arbeit ein, nachdem sie vor vier Wochen gekündigt, weil sie mit Nichtorganisierten nicht zusammenarbeiten wollen. Auf den übrigen vierzig Bergwerken dieses Distriktes schlossen sich die Unorganisierten dem Verbands an. — In Wien streiken 1400 Schweinemesser. — Die Pester Straßenbahner sind in der Stärke von 6000 Mann ausständig. Die Polizei ging mit blanker Waffe gegen die Streikenden vor. — In St. Claude streiken 3000 Arbeiter von 50 Feisfabriken, um ihrer Ausperrung zuvorzukommen. — Die Straßenbahner vom linken Seineufer in Paris haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Minister der öffentlichen Arbeiten einen Schieds-pruch gefällt. — Die große Ausperrung der Textil-arbeiter in Berviers ist beendet. Die wichtigsten Forderungen und auch die Gewerkschaften wurden anerkannt.

Briefkasten.

F. B. in Berlin: Wird aufgenommen. Gruß! — P. R. in Nordhausen: Selbstverständlich muß es heißen: „... und Angehörigen“. Das bedurfte doch keiner Anfrage. — Stena Hermann Reifelt in Zweibrücken: Das Oberführerische Lustspiel „Der Druckfehlerteufel“ ist von uns bereits in Nr. 85 (24. Juli) besprochen worden. Noch einmal, das gibt es nicht; übrigens schreiben wir unsere Rezensionen selbst. — Buchdrucker Paul Weisenborn in Weizenschnitz: Wenn wir an Ihrem Geschäftsgabaren Kritik üben und Sie betrachten das als Kellame, dann soll uns dieser Galgenhumor auch recht sein. Ihre „lieblich-würdige“ Karte haben wir dahin gelegt, wo schon mehrere Zuschriften von solchen ingeniösen Geschäftleuten lagen, die in derselben Weise vorträufeln wollen, daß sie sich nicht getroffen fühlten. — W. R. in Varmen: 7,50 Mk. — U. F. in Jherlohn: Besten Dank und Gruß! — F. in Mainz: Gut gemeint, wollen es aber lieber ungedruckt lassen. — S. in U.: Wir danken Ihnen für guten Willen und freundliche Unterstützung, wollen aber vorläufig von einem Abdrucke absehen! Gruß! — E. G. in Halle a. S.: Herzlichen Dank für Information. Hoffentlich kommen bei uns auch wieder andre Zeiten. Gruß!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, 1.
Gau Dresden. Es wird gebeten, das Verbandsbuch des Druckers Johann Kiwa (Nr. 1553) an unsre Ver-waltungsstelle (Matzildenstr. 7, I) zu senden.

Girshberg i. Schl. Der Seher Georg Rädich aus Sagan (Hptb.-Nr. 57021) wird hierdurch aufgefordert, durch Einsendung von vier Beiträgen (6 Mk.) sein Buch einzulösen, andernfalls Ausschluss beantragt wird.

Köln. Der Seher Franz Mehr aus Schönebeck wird ersucht, seine Adresse umgehend an F. Müller, Unterstraße 25, gelangen zu lassen.

Mainz. Der Seher Fr. Wilhelm Bache aus Elberfeld (Hptb.-Nr. 63256, Rheinl.-Weiß 5226) wird ersucht, sich innerhalb 14 Tagen beim Kassierer W. Böttiger, Fingerstraße 8, zu melden, andernfalls Ausschluss beantragt wird. Die Herren Vertrauensleute werden freundlichst ersucht, den Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen.

Kreuznach. Vorsitzender: Franz Raub, Wasser-kümpchen 6; Kassierer: Gerhard Koch, Kinscherstr. 24.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einsendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dresden die Seher 1. Bruno Unger, geb. in Dresden 1865, ausgl. daf. 1884; 2. Otto Sicheg, geb. in Merktal h. Weihen 1877, ausgl. in Siebenlehn 1896; 3. Bruno Proge, geb. in Zittau 1879, ausgl. daf. 1897; waren schon Mitglieder; 4. Alfred Otto, geb. in Arnsdorf 1887, ausgl. in Noßwein 1906; 5. Kurt Büchner, geb. in Tzarant 1880, ausgl. daf. 1900; die Schweizerlegen 6. August Schabewald, geb. in Weitz 1876, ausgl. in Alsteden a. S. 1896; 7. Karl Ritzsch, geb. in Peterswald i. B. 1886, ausgl. in Leuben b. Dr. 1904; der Stereotypur 8. Otto Viedlöff, geb. in Dresden 1865; waren noch nicht Mitglieder. — In Freiberg der Seher Karl Bruno Rathmann, geb. in Freiberg 1882, ausgl. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Herrnhut die Seher 1. Max Köhler, geb. in Frauenstein 1888, ausgl. daf. 1906; 2. Richard Niegner, geb. in Ruppersdorf b. Herrnhut 1887, ausgl. in Herrnhut 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Merchau der Seher Herm. Rich. Schöffler, geb. in Döben 1878, ausgl. in Merchau 1896; war schon Mitglied. — In Radebeul der Schweizerlegen Alfred Eckardt, geb. in Dresden 1884, ausgl. in Potschappel 1903; war noch nicht Mitglied. — In Sebnitz der Seher Max Seidel, geb. in Briesewitz b. Großenhain 1874, ausgl. in Döbeln 1894; war schon Mitglied. — In Wurzen der Galvanoplastiker Kurt Lieberwirth, geb. in Wurzen 1888, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — Herm. Steinbrück in Dresden, Matzildenstr. 7, I.

In Elberfeld die Seher 1. Paul Mohr, geb. in Varmen 1887, ausgl. in Elberfeld 1906; 2. K. Schuchardt, geb. in Friedriehroda i. Th. 1877, ausgl. daf. 1899; 3. Wilhelm Schumacher, geb. in Varmen 1881, ausgl. in Elberfeld 1889; waren noch nicht Mitglieder; 4. Karl Dörflinger, geb. in Elberfeld 1875, ausgl. daf. 1894; war schon Mitglied; die Drucker 5. Michael Heiffen, geb. in Elberfeld 1884, ausgl. daf. 1904; war schon Mitglied; 6. Paul Winter, geb. in Leipzig 1868, ausgl. in Elberfeld 1887; war noch nicht Mitglied. — In Wöh-winkel der Seher Otto Schienbein, geb. in Sonnborn, 1882, ausgl. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — B. Drechsler in Elberfeld, Wilhelmstraße 22, II.

In Friedland der Seher Hugo Giese, geb. in Kröpelin 1884, ausgl. in Varmen 1904; war schon Mitglied. — In Malchin der Seher Otto Leng, geb. in Berlin 1888, ausgl. in Malchin 1906; war noch nicht Mitglied. — In Stargard der Seher Wilhelm Rosen-quast, geb. in Stargard 1887, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — Rud. Goltz in Schwerin i. M., Gutenbergstraße 7.

In Halberstadt der Seher Max Richter, geb. in Breitenbach 1887, ausgl. in Siebenlehn b. Noffen 1906; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Krufe, Pinter der Müllze 17.

In Hamburg der Drucker Heinrich Waiken, geb. in Woltershausen 1884, ausgl. in Bremen 1903; war noch nicht Mitglied. — U. Demuth, Besenbinderhof 57.

In Heiligenstadt der Seher Alois Watermeyer, geb. in Baderborn 1866, ausgl. daf. 1884; war noch nicht Mitglied. — Hugo Langloz in Gotha, Remfärdterstraße 4.

In Köln die Seher 1. Josef Geuer, geb. in Köln 1880, ausgl. 1898; 2. Wilh. Klein, geb. in Köln 1865, ausgl. 1882; 3. Gottfried Jahn, geb. in Köln 1883, ausgl. 1902; 4. Josef Galt, geb. in Köln 1880, ausgl. 1898; 5. Jakob Thernes, geb. in Köln 1881, ausgl. 1899; die Drucker 6. Gustav Hertel, geb. in Köln 1880, ausgl. 1898; 7. Heinrich Schmitz, geb. in Neuf 1888, ausgl. in Köln 1906; 8. Jean Baudig, geb. in Köln 1862, ausgl. 1889; 9. Georg Meyer, geb. in Köln 1861, ausgl. 1879; 10. Hermann Schulte, geb. in Gelsen-firgen 1885, ausgl. in Wald 1903; 11. Jean Wolf, geb. in Köln 1863, ausgl. 1881; 12. Wilh. Frechen, geb. in Köln 1881, ausgl. in Köln 1902; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 13. Peter Kluppene, geb. in Köln 1867, ausgl. 1884; 14. Peter Bückenbrink, geb. in Köln 1858, ausgl. 1876; 15. Peter Rutzsch, geb. in Krens-borf 1860, ausgl. in Bonn 1876; 16. Wilh. Wegels, geb. in Heinsberg 1882, ausgl. in Köln 1900; 17. Wilh. Löwenich, geb. in Müllheim a. Rh. 1868, ausgl. 1886; waren schon Mitglieder. — In Müllheim a. Rh. die Seher 1. Josef Braun, geb. in Müllheim 1873, ausgl. 1891; war noch nicht Mitglied; 2. Karl Kuntel, geb. in Koblenz 1874, ausgl. 1892; 3. Jakob Schulte, geb. in Ralf 1865, ausgl. in Berg.-Gladbach 1883; waren schon Mitglieder. — In Berg.-Gladbach der Drucker Karl Ewe, geb. in Nordhausen 1887, ausgl. 1905; war schon

Mitglied. — Jof. Vertam in Köln-Ehrenfeld, Sümme-ringstraße 40.

In Kreuznach die Seher 1. Frh. Frankhäuser, geb. in Ulser b. Castellum 1888, ausgl. in Kreuznach 1905; 2. Frh. Gäng, geb. in Diez a. d. R. 1888, ausgl. in Kreuznach 1906; 3. Peter Seemann, geb. in Kreuz-nach 1888, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mit-glieder. — Th. Walbus in Bonn W., Burggartenstr. 14.

In Mannheim der Seher Thomas Reifferscheid, geb. in Osterpat a. Rh. 1887, ausgl. in Oberlahnstein am Rhein 1906; war noch nicht Mitglied. — R. Kaiser, Friedriehstraße 40.

In Meß die Seher 1. Ludwig Schneider, geb. in Niesfel (Oberheffen) 1886, ausgl. daf. 1903; 2. Karl Antke, geb. in Weipenburg (Eif.) 1886, ausgl. daf. 1905; 3. Johann Hoffmann, geb. in Erler 1883, ausgl. daf. 1906; 4. Friedrich Heinrich, geb. in Pittershofen 1884, ausgl. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — F. Gödden, Gutfstraße 1.

In Münster der Drucker Berthold Beck, geb. in Lehmannshöfel (Brandenburg) 1888, ausgl. in Betschin 1906; war noch nicht Mitglied. — In Lengritz i. W. der Seher Otto Bröber, geb. in Lengritz 1888, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — E. Rosmeier in Münster i. W., Maginlianstraße 34.

In Rendsburg der Seher J. P. Wendigen, geb. in Upenrade 1853, ausgl. daf. 1870; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger-str. 34, p.

In Rotenburg i. S. I. der Drucker Willi Kirchner, geb. in Magdeburg 1882, ausgl. daf. 1900; war schon Mitglied; 2. der Seher Wilhelm Lange, geb. in Sar-lingen 1888, ausgl. in Webede a. E. 1906; war noch nicht Mitglied. — D. Rößler in Bremerhafen, Am Hafen 49.

In Seitz i. der Seher Max Rau, geb. in Groitzsch 1880, ausgl. in Leipzig-Möden 1898; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher-Stereotypur Anton Schmidt, geb. in Lübeck 1886, ausgl. daf. 1905; war schon Mit-glieder. — E. Rödig, Besenstraße 1, I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate August 1906.

a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 710 Mitglieder, aus Kondition kamen 351 (hiervon waren 80 noch zum Bezuge von Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 198 (86 Verbands- und 112 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Oesterreich 50 Verb.- und 79 gegenf. Mitgl., aus Dänemark 5 Verb.- und 11 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 8 Verb.- und 12 gegenf. Mitgl., aus Elsaß-Lothringen 18 Verb.- und 8 gegenf. Mitgl., aus Rußland 1 Verb.- Mitgl., aus Luxemburg 1 gegenf. Mitgl., aus Belgien 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Holland 2 Verb.-Mitgl.), aus Konditionslosem Aufenthalt kamen 165 (hiervon bezogen 86 Mitglieder vorher Ortsunterstützung, und zwar 20 bis zu 10 Tagen, 14 bis zu 20 Tagen, 16 bis zu 30 Tagen, 4 bis zu 40 Tagen, 4 bis zu 50 Tagen, 2 bis zu 60 Tagen, 15 bis zu 70 Tagen, 2 bis zu 80 Tagen, 2 bis zu 100 Tagen, 1 122 Tage und 6 bis zu 140 Tagen), krank waren 17, zusammen 1441 Mitglieder (1177 Verbands- und 264 gegen-seitige Mitglieder, darunter 114 Oesterreicher, 65 Ungarn, 5 Norweger, 29 Dänen, 25 Schweizer, 15 Elsaß-Lothringer, 5 Kroaten, 1 Rumäne, 3 Franzosen, und 2 Schweden). Von diesen auf der Reise befindlichen 1441 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 2 unter 6 Beitr., 140 6-12 Beitr., 502 13-49 Beitr., 231 50-74 Beitr., 148 75-99 Beitr., 181 100-149 Beitr., 212 150-499 Beitr., 21 500-749 Beitr. und 4 Mitglieder über 750 Beitrage. Es traten wieder in Kondition 301 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 260 (164 Verbands- und 96 gegenf. Mitglieder, und zwar nach Oesterreich 102 Verb.- und 60 gegenf. Mitgl., nach Däne-mark 20 Verb.- und 13 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 10 Verb.- und 8 gegenf. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 26 Verb.- und 12 gegenf. Mitgl., nach Luxemburg 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Belgien 8 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., nach Holland 1 Verb.-Mitgl.), bei Schluß des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 57 (davon traten 19 in den Bezug der Ortsunterstützung), krank wurden 19, ausgesagt 2, Legitimation abgenommen 1, der Nachweis hörte auf bei 3, auf der Reise verblieben 798, zusammen 1441 Mitglieder, und zwar 1196 Seher (erhielten 20049 Tage), 226 Drucker (erhielten 3852 Tage) und 19 Gießer (erhielten 983 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reiseleiterverwalter 23 Nichtbezugsberechtigte (darunter 7 Dr. und 7 Aus-gesteuerte (darunter 2 Dr. u. 1 G.) auf der Reise. Es wurden vorausgabt: An 966 Mitglieder für 16135 Reise-tage (grüne Beg.) à 1 Mk. = 16135 Mk., an 475 Mit-glieder für 8149 Reisetage (weiße Beg.) à 1,25 Mk. = 10186,25 Mk., an Porto 19,68 Mk., an Remuneration 477,70 Mk., in Summa 26818,63 Mk., hiervon 20977,63 Mk. an Verbands- und 5841 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 2455,50 Mk. an Oesterreicher, 1460,25 Mk. an Ungarn, 130 Mk. an Norweger, 752,50 Mk. an Dänen, 543,50 Mk. an Schweizer, 209,75 Mk. an Elsaß-Lothringer, 164 Mk. an Kroaten, 52,50 Mk. an Franzosen, 22 Mk. an Rumänen und 46 Mk. an Schweden. — Im Verlaufe dieses Monats des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1906 an 1441 Mitgl.	24284 Tage	= 26818,63 Mk.
1905 " 1549 "	" 28659 "	" = 31452,65 "
weniger 1906 an 108 Mitgl.	4375 Tage	= 4634,02 Mk.

